

streik gespielt haben. Wer war der Organisator des Streikbruchs in diesem Kampfe? Das war Herr Urich an der Spitze der Berliner Metallarbeiter-Verbandsbürokratie. Sie haben die Aufgabe übernommen, die früher die gelben Gewerksvereine für die Unternehmer erfüllten: den Klassenkampf der Arbeiter gegen das Unternehmertum mit dem Hinweis auf die angebliche Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zu verhindern und Streikbrecherdienste zu leisten. Darum ist es notwendig, mit allem Nachdruck die Arbeiterschaft vor dieser Rolle der SPD-Bürokratie zu warnen. Aber es ist auch ein Irrtum des Herrn Urich, daß die Metallarbeiter ihre Erfolge im Kampf um mehr Lohn und Brot etwa der Metallarbeiter-Verbandsbürokratie zu verdanken haben. Herr Urich soll nicht den Deutschen Metallarbeiterverband mit seiner Verbandsbürokratie gleichsetzen. (Stadtverordneter Urich: „Wir haben eine Million Mitglieder!“) Es bestehen zwischen beiden starke Gegensätze, die im Metallarbeiterverband immer mehr offenbar werden. Warum muß denn Herr Urich solche scheinradikalen Phrasen in der Funktionärversammlung der Metallarbeiter gebrauchen? Weil eben die Berliner Metallarbeiter kampfgewillt sind. Herr Urich hat Angst, von der Berliner Metallarbeiterschaft abgehängt zu werden. Deshalb schlägt er solche radikal klingenden Töne an. Auch Herr Aufhäuser hat das neulich in der Funktionärversammlung der Berliner Sozialdemokraten getan. Er kündigte dort den schärfsten Kampf gegen die Notverordnung der Brüning-Regierung an. Währenddessen wird aber von dem sozialdemokratischen Parteivorstand bereits alles getan, um die Sozialdemokratie zum willigen Helfer bei der Durchführung dieser Notverordnung zu machen. Man gebraucht solche radikalen Phrasen, um die Massen dumm zu machen, um sie daran zu hindern, selbst den Kampf um ihre Forderungen zu führen. Herrn Urich stellen wir die Frage: Warum hat er — als der angebliche Vertreter der Forderungen der Metallarbeiter —, warum hat seine Fraktion es nicht für notwendig erachtet, diese Versammlung auf den sich anbahnenden Kampf aufmerksam zu machen? Warum hielten sie es nicht für notwendig, entsprechende Anträge einzubringen? Es gibt dafür eine einfache Erklärung. Die Sozialdemokraten haben im Magistrat den entscheidenden Einfluß. Sie wollen aber nicht, daß

der Magistrat die Mittel der Stadt zugunsten der kämpfenden Arbeiterschaft einsetzt. Damit sie aber gar nicht erst in Verlegenheit kommen, gehen die Sozialdemokraten um die Stellung solcher Anträge herum. Sie kommen dabei mit dem dummen Einwand, das gehöre nicht zur Kompetenz der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Wir haben zur Genüge nachgewiesen: Das Interesse der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist eng verbunden mit der Frage, ob sich in der Stadt Berlin solche Massenkämpfe entwickeln, wie sie sich aus einem derartigen Konflikt zwischen Metallunternehmertum und Metallarbeiterschaft notwendigerweise ergeben. So sind zum Beispiel unerhörte Massenentlassungen in der letzten Zeit durch die Berliner Metallindustriellen vorgenommen worden. Seit 1928 wurden in den VEM-Betrieben die Belegschaften von 190 000 auf 140 000 Arbeiter vermindert. Die Hälfte der Entlassenen liegt auf der Straße. Ein großer Teil ist aus der Erwerbslosenversicherung ausgesteuert und fällt der Wohlfahrt der Stadt zur Last. Die Stadt muß für sie sorgen, weil die Pflicht zur Unterstützung der ausgesteuerten Erwerbslosen von Reich und Staat den Städten übertragen worden ist. In Preußen ist das um so bemerkenswerter, als die Verschiebung der Lasten zur Erhaltung der Erwerbslosen auf die Städte unter Führung einer von der Sozialdemokratie beeinflussten Regierung und unter Zustimmung der Sozialdemokraten im Preussischen Landtage vor sich gegangen ist.

Wenn wir hier unsere Forderungen für den Metallarbeiterkampf stellen, so geben wir uns nicht dem Glauben hin, daß die Mehrheit dieser Versammlung diese Forderungen unterstützen wird. Wir halten es aber als Kommunisten für unsere Pflicht, diese Forderungen trotzdem hier zu erheben! Die Stadtverordnetenversammlung soll die Berliner Metallarbeiterschaft zum nächsten Kampfe gegen den Vorstoß der Berliner Metallindustriellen auffordern, damit sie neben der Abwehr der Lohnkürzung, der Lohnerniedrigung und — um das Heer der Erwerbslosen zu vermindern — eine Arbeitszeitverkürzung erkämpft. Wenn die Stadtverordnetenversammlung demgegenüber erklärt, das sei keine Aufgabe der Stadtverordnetenversammlung — dann beweist er damit nur die geringe Rolle der Sozialdemokratie in dieser Versammlung. Die Sozialdemokratie schätzt. Sie arbeitet nicht für die Interessen der arbeitenden

Massen, sondern nur im Interesse der Bourgeoisie und des Staates, zur „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ und zur ordnungsmäßigen Durchführung seiner Verwaltungsgeschäfte. Hier zeigt sich eben die völlige politische Entartung der Sozialdemokratie, ihre Entfremdung vom Kampfe der werktätigen Massen.

Wir Kommunisten rufen auch von dieser Stelle aus das Berliner Proletariat auf, den Kampf der Metallarbeiter in Berlin mit allen Kräften zu unterstützen und insbesondere die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition<sup>[47]</sup> zu stärken, weil sie allein fähig ist, diesen Kampf der Metallarbeiter zu organisieren und zu führen. Nicht die Metallarbeiter-Verbandsbürokratie wird die Metallarbeiter Berlins zum Siege führen, sondern nur die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Darum ist es die Aufgabe aller Werktätigen, diese Opposition zu stärken. Sie schaffen damit zugleich auch die Möglichkeit für die in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter, die Gewerkschaften wieder zu Klassenkampforganisationen zu machen und sich gegen ihre eigene Bürokratie durchzusetzen mit ihrem Willen zum Klassenkampf und zur Vernichtung der Bourgeoisie.

*„Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin“, Jahrgang 1930.*

## Gesetzentwurf zur Verschlechterung der Notverordnung

*Aus der Rede im Preußischen Staatsrat<sup>1</sup>  
3. Oktober 1930*

Der vorliegende Gesetzentwurf ist vom Staatsministerium als „Durchführungsgesetz“ bezeichnet worden. Das ist aber eine Täuschung. Es handelt sich um mehr als um ein Gesetz zur Durchführung der Notverordnung, die der Reichspräsident erlassen hat. Richtiger müßte die Vorlage heißen: Gesetzentwurf zur Verschlechterung der Notverordnung. Denn sie erstrebt eine sehr erhebliche Verschlechterung — nicht für die Besitzenden, für sie ist es sogar eine Verbesserung — wohl aber für die werktätige Bevölkerung. Es muß mit aller Schärfe zurückgewiesen werden, daß in einem Gesetz, das sich Durchführungsgesetz einer Reichsverordnung nennt, Bestimmungen Aufnahme finden, die weit über diese Verordnung hinausgehen. Der Unterschied ist schon vom Berichterstatter dargelegt worden. Ich brauche darauf nicht näher einzugehen.

Natürlich müßte in diesem Zusammenhang die vom Reichspräsidenten erlassene Notverordnung selbst, besonders ihre Auswirkung näher behandelt werden. Wegen der Kürze der Zeit, die für die Beratung in Aussicht genommen ist, will ich darauf verzichten, auf die Teile der Notverordnung näher einzugehen, die die sogenannte Reichshilfe — Beamtennotopfer und Ledigensteuer — und den Abbau der sozialen Fürsorge auf dem Gebiete der Erwerbslosenversicherung, der Krankenversicherung und der Kriegsopferversorgung enthalten. Soweit aber in der Verordnung die Erschließung von Gemeindesteuern bestimmt wird, ist es doch notwendig, über ihren Zweck und ihre Auswirkungen einiges zu sagen. In der Notverordnung sind die Biersteuer und

<sup>1</sup> Zu der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 hatte die preußische Regierung dem Staatsrat eine Durchführungsverordnung vorgelegt, obgleich der Reichsfinanzminister bereits Aus- und Durchführungsverordnungen dazu erlassen hatte. *Die Red.*

die Bürgersteuer — die wir Kommunisten „Negersteuer“ nennen — einerseits und die Getränkesteuer andererseits in ihrem Verwendungszweck voneinander geschieden. Während die Biersteuer und die „Negersteuer“ dazu dienen sollen, die Realsteuerzuschläge in den Gemeinden zu senken, soll der Ertrag der Getränkesteuer nur zur Deckung der gesteigerten Wohlfahrtslasten dienen. Dabei ist hervorzuheben, daß von den Vertretern der Regierung im Ausschuß gesagt wurde, die Getränkesteuer sei hinsichtlich des Ertrages von geringerer Bedeutung. Für die Deckung der Wohlfahrtslasten hat man also eine Steuer von geringer Ertragsfähigkeit bestimmt. Sehr ertragreiche Steuern hat man aber zur Senkung der Realsteuern in Ansatz gebracht. Nun würde eine Senkung der Realsteuern von uns Kommunisten sehr begrüßt werden, weil diese Steuern indirekte, auf den Konsum abwälzbare Steuern sind. Aber wenn die Realsteuern eingeführt und die Preise danach gesteigert worden sind, dann bedeutet eine Senkung der Realsteuern ohne gleichzeitige Senkung der Preise ein Geschenk an das Unternehmertum, an die Kapitalisten. („Sehr gut!“ bei den Kommunisten.) Da nicht zugleich mit der Notverordnung eine Preissenkung um den Betrag der gesenkten Realsteuern bestimmt wurde, wird tatsächlich dadurch den Besitzenden, den Kapitalisten, dem Großunternehmertum, den Hausagrariern ein ungeheures Geschenk gemacht. Zur Senkung der Realsteuern sollen Steuern erhoben werden, die die Lebenshaltung der übergroßen Zahl der Bevölkerung — aller Werktätigen einschließlich des kleinen Mittelstandes — in der unerhörtesten Weise herabdrücken. Das trifft besonders auf die Kopfsteuer zu. Sogar bürgerlich-demokratische Blätter, die durchaus das Großkapital vertreten, haben diese Steuer als die unsozialste und als eine mittelalterliche Steuer bezeichnet. Selbst wenn die Reichsregierung und der Reichspräsident entgegen der ersten Notverordnung eine gewisse Staffelung in der Erhebung der Steuer angeordnet haben, so entspricht sie doch keineswegs dem steigenden Einkommen und Vermögen. Im Gegenteil, entsprechend der Steigerung der Vermögen und Einkommen ist nicht eine höhere, sondern eine niedrigere Besteuerung angesetzt. Gegenüber den höchsten Steuerstufen, die vorgesehen sind, bedeutet die Belastung der untersten Stufe, daß hier prozentual fünf- bis sechsmal mehr be-

zahlt werden muß. Schon insofern ist die Steuer äußerst ungerecht. Aber da sie auf die Einkommensverhältnisse der untersten Stufe keinerlei Rücksicht nimmt, erweist sie sich noch im besonderen Maße als unsozial. Man muß sich nur einmal in die Lage eines Erwerbslosen versetzen, der von seiner Erwerbslosenunterstützung den Mindestsatz der „Negersteuer“ — 6 Mark — bezahlen muß. Nur bei außerordentlicher Notlage kann die Steuer um die Hälfte ermäßigt werden. Von der Steuer ausgenommen sind nur die Krisen- und Fürsorgeunterstützungsempfänger.

Diese Kopfsteuer muß deshalb mit aller Energie bekämpft werden. In ihrer Staffelung ist sie eigentlich eine Zuschlagssteuer zur Einkommensteuer. Während aber bei der Einkommensteuer das nachgewiesene Einkommen der Besteuerung unterliegt, wird bei dieser Kopfsteuer in einer sehr plumpen Form eine Abstufung in der Heranziehung zur Steuer vorgenommen. Vielleicht wollte man dadurch den Gemeinden, die bisher keine nach dem Einkommen gestaffelten Steuern erheben durften, doch eine solche Möglichkeit verschaffen. Das erfolgt nur zu dem ausschließlichen Zweck, die Realsteuern zugunsten des Besitzes zu senken. Es ist also eine doppelte Begünstigung der Besitzenden.

Nun ist aber die in der Notverordnung des Reichspräsidenten bestimmte Ausplünderung der werktätigen Massen durch das jetzt bekanntgegebene Finanzprogramm der Reichsregierung noch in unerhörter Weise übersteigert worden. Es wäre notwendig, auf dieses Programm näher einzugehen. Ich will es mir jedoch an dieser Stelle versagen. Auf eine Bestimmung muß aber doch verwiesen werden. Es heißt, daß die Ausgaben der Länder und besonders der Gemeinden für die nächsten drei Jahre nicht gesteigert werden dürfen. Ich wundere mich eigentlich, daß die Reichsregierung nicht auch noch durch Dekret bestimmt, daß die Wirtschaftskrise und die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Werktätigen aufzuhören habe, daß es keine Erwerbslosen, keine Armen mehr zu geben habe. — Das würde ungefähr auf derselben Stufe der Weisheit stehen wie die angeführte Bestimmung. Auf dem Städtetag in Dresden ist sehr darüber geklagt worden, wie durch die wachsende Erwerbslosigkeit und durch die fortgesetzte Abschiebung der Lasten zur Versorgung der Erwerbslosen von Reich und Ländern auf die Gemeinden die

letzteren zum finanziellen Bankrott gebracht werden. Diese Lastenabschiebung soll durch das Programm der Reichsregierung nicht aufgegeben werden. Im Gegenteil, das Programm geht auf eine Steigerung dieser Abwälzung der sozialen Lasten auf die Gemeinden hinaus. Trotzdem bestimmt die Reichsregierung, daß die Ausgaben der Gemeinden für die nächsten drei Jahre nicht gesteigert werden dürfen. Das bedeutet, daß die Sozialausgaben noch mehr abgebaut werden sollen. Das ist zur Einschätzung des Programms der Reichsregierung sehr wichtig.

Nun zur rechtlichen Zulässigkeit der Notverordnungen, die sehr umstritten ist! Ich will hier nicht näher auf diese Frage eingehen — ich habe das im Ausschuß getan —, sondern nur darauf hinweisen, daß der im Ruhestand befindliche Senatspräsident des Kammergerichts, Freymuth, darüber im „Berliner Tageblatt“ erschöpfende Ausführungen gemacht hat. Von ihnen scheint mir das Wichtigste das zu sein, was auch von einer früheren Reichsregierung selbst zugegeben worden ist: Die Reichsverfassung gibt nicht die Möglichkeit und die Berechtigung, Notverordnungen zur Behebung sozialer Notstände zu erlassen. Deshalb hat auch eine Reichsregierung im Jahre 1924 ein Gesetz vorgelegt, wonach eine Formulierung im Artikel 48 der Weimarer Verfassung Aufnahme finden sollte, die der Regierung die Berechtigung zum Erlaß von Notverordnungen zur Behebung sozialer Notstände gibt, neben solchen zur „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit“. Dieses Gesetz ist aber nicht zur Verabschiedung gekommen. Infolgedessen ist auch die Notverordnung des Reichspräsidenten eine Maßnahme, die im Artikel 48 der Verfassung keine Grundlagen hat. So kommt denn Freymuth zu der Entscheidung, daß sie verfassungswidrig und rechtsungültig sei.

Dieser Auffassung scheint auch die preußische Regierung zu sein. Ein Vertreter des Ministeriums des Innern hat früher dargelegt, daß in der Weimarer Verfassung eine Berechtigung nicht enthalten sei, wie sie in Preußen durch die Verfassung gegeben ist: mit dem Ständigen Ausschuß ohne die Genehmigung des Parlaments eine Verordnung durchzuführen. Aber ein Vertreter des Staatsministeriums hat jetzt im Ausschuß erklärt, er wolle dahingestellt sein lassen, aus welchen Gründen die preußische Regierung davon Abstand genommen hat, die Prüfung der Rechts-

gültigkeit dieser Verordnung vor den Staatsgerichtshof zu bringen. Die Regierung hat eben nur deshalb davon Abstand genommen, weil ihr diese Notverordnung des Reichspräsidenten sehr gelegen kam. Diese Regierung, die unter der Führung sozialdemokratischer Minister steht, begrüßt diese Notverordnung, weil sie ihr die Gelegenheit gibt, das durchzuführen, was auch von der Reichsregierung beabsichtigt ist: nämlich den Gemeinden noch mehr als bisher die Steuerüberweisungen zu kürzen. Die Steuern, die die Reichsnotverordnung für die Gemeinden vorsieht, sollen ihnen einen Ersatz bieten, einen Ersatz durch gesteigerte Steuerausplünderung der untersten Schichten der Bevölkerung. Nur aus diesem Grunde hat die Regierung davon Abstand genommen, die Rechtsgültigkeit der Notverordnung vom Staatsgerichtshof prüfen zu lassen. Das kennzeichnet einerseits den unsozialen Geist der preußischen Regierung und andererseits den Widerspruch, der zwischen der Agitation der Sozialdemokratie und der Tätigkeit ihrer Minister in der Regierung besteht.

Wir Kommunisten sehen uns keineswegs veranlaßt, uns schützend vor Ihre Verfassung zu stellen. Aber wenn wir auf diesen Widerspruch zwischen den Bestimmungen der Verfassung und der Tätigkeit der Väter dieser Weimarer Verfassung — zu denen neben den Sozialdemokraten das Zentrum und die Demokraten gehören — aufmerksam machen, so geschieht es deshalb, um die werktätigen Massen über die Bedeutungslosigkeit der Weimarer Verfassung aufzuklären. Sie steht auf dem Papier, und nicht einmal die Regierung kümmert sich darum. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Deswegen ist auch das fortwährende Geschrei der Verfassungsparteien von der Notwendigkeit, die Weimarer Verfassung zu schützen, nur mit dem Tun der Kinder zu vergleichen, die im Dunkeln singen, um ihre Angst zu betäuben, oder mit der Taktik der Spitzbuben, die Geschrei und künstliches Gedränge verursachen, um von ihrer Tätigkeit abzulenken. Der eine Teil der Weimarer Verfassungsparteien — das Zentrum und die Demokraten — hat wohl bereits eingesehen, daß er niemand mehr täuschen kann und die Weimarer Verfassung eigentlich nur noch zu Erbauungsstunden an hohen Feiertagen dient, man aber in der Praxis des Alltags gar keine Rücksicht mehr darauf zu nehmen brauche. Wir Kommunisten wollen die Gelegenheit nicht vor-



übergehen lassen, um auf diesen Widerspruch und dieses Verhalten aufmerksam zu machen.

Aber eine praktische Bedeutung hat diese Betrachtung doch. Wenn eine Verordnung rechtsungültig ist, dann können auch keine Zwangsmaßnahmen zu ihrer Durchführung ergriffen werden, jedenfalls ergibt sich daraus der Schluß, daß einer solchen rechtsungültigen Anordnung keine Folge zu leisten ist. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Es ist doch immer von der herrschenden Klasse in den Vordergrund gestellt worden, das höchste Recht sei in der Weimarer Verfassung niedergelegt. Wenn dieses höchste Recht selbst von der Regierung verletzt wird, wie will man da die Bürger zwingen, auf Grund solcher verfassungswidrigen Anordnungen Steuern zu zahlen — was ja ohnehin für alle Menschen das Unangenehmste ist.

Der kommunistische Antrag enthält die Aufforderung, daß die Zahlung der durch die Reichsnotverordnung angeordneten Steuern verweigert werden soll. Diese Aufforderung ist im Ausschuß von einem Vertreter der Arbeitsgemeinschaft sehr angegriffen worden, weil sie eine Aufforderung zu einer strafbaren Handlung sei. (Lachen bei den Kommunisten.) Es klingt gewiß etwas kurios, wenn die Kommunisten als Hüter der Verfassung erscheinen, indem sie auffordern, Anordnungen, die mit der Verfassung in Widerspruch stehen, nicht durchzuführen. Eine strafbare Handlung soll doch der Verfassungsbruch sein und nicht die Aufforderung, sich nach der Verfassung zu richten. In dem vorliegenden Falle geschieht das von uns Kommunisten im Interesse aller Werktätigen, und ich glaube, wir haben uns ein Verdienst erworben, wenn wir auffordern, solche verfassungswidrigen Steuerverordnungen nicht durchzuführen. Wir begrüßen es auch, daß in vielen Teilen des Reiches, besonders in Preußen, eine Reihe von Gemeindevertretungen die Einführung und Erhebung dieser den Gemeinden zugewiesenen Steuern bereits abgelehnt hat. (Bravorufe bei den Kommunisten.) Eine große Zahl von kommunistischen Bürgermeistern und Gemeinderäten hat erklärt, daß sie ihre Hand nicht dazu bieten werde, diese verfassungswidrigen Steuern in den Gemeinden zu erheben.

Die preußische Regierung — Herr von Leyden wird darüber durchaus informiert sein — hat gegen diese Gemeinderäte und

Bürgermeister, die sich bei ihrem Verhalten sogar auf die Weimarer Verfassung berufen können, Disziplinarverfahren angeordnet und sie mit Amtsenthebung und Strafverfolgung bedroht. Das kommunistische Staatsratsmitglied Gutjahr ist wegen seiner Aufforderung — die Steuern nicht zu erheben und sie nicht zu zahlen — seiner Funktion als Mitglied des Provinzialausschusses bereits enthoben worden — und zwar durch einen sozialdemokratischen Regierungspräsidenten. Wir Kommunisten sind nicht erschüttert, wenn Gutjahr nicht mehr im Provinzialausschuß tätig sein darf. Aber darüber ist sich doch selbst ein sozialdemokratischer Regierungspräsident im klaren — wenn er nur ein wenig Verständnis für das Gefühl der werktätigen Massen hat —, daß in diesem Kampfe die Massen auf seiten der Kommunisten stehen.

Ich will noch in einem anderen Zusammenhang ein Wort zu unserer Aufforderung zum Steuerstreik sagen. Wir fordern auf, verfassungswidrig angeordnete Steuern nicht zu zahlen. Aber die Besitzenden führen doch seit jeher den Steuerstreik gegen die gesetzlich beschlossenen Steuern durch. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß besondere private Berechnungsbüros bestehen, um für den Besitzenden möglichst wenig Einkommen herauszurechnen; mit allem Raffinement werden Abstriche gemacht, um letzten Endes wenig oder gar nichts übrigzulassen als zu versteuernden Gewinn. Hier wird der Staat ganz bewußt um die Steuern betrogen, die ihm auf Grund des Einkommens der Besitzenden, der Konzerne und der Großgrundbesitzer zustehen.

Dann die Steuerhinterziehungen! Sie sind doch eine ständige Klage aller Finanzämter. Die größten „Patrioten“ befinden sich in den Reihen dieser Steuerhinterzieher, die ihren „Patriotismus“ zwar immer an hohen Feiertagen zur Schau tragen; wenn es aber gilt, dem Staat in seiner Finanznot zu helfen, dann ist der „Patriotismus“ nicht zu Hause; er hört beim Geldbeutel auf — eine Erfahrung, die schon die Finanzminister in der Vorkriegszeit gemacht haben.

Der Staat wird auch insofern betrogen, als die großen Unternehmungen den Arbeitern die Lohnsteuern abziehen, sie aber erst nach Monaten abführen und sich auf diese Weise kolossale Geldsummen zinslos für ihre Betriebsführung verschaffen.

Sodann die Kapitalsflucht! Ich glaube nicht, daß die Summe ausreicht, die der Minister Stegerwald dafür angegeben hat: 8 Milliarden Mark. Ich glaube, daß das Doppelte ins Ausland verschoben wurde. (Zuruf rechts: „Wieviel haben denn die Kommunisten da!“ — Große Heiterkeit.) Sonst reden Sie immer davon, daß wir Kommunisten von Moskau ausgehalten werden, und jetzt kommen Sie mit der Frage, ob wir Geld im Auslande haben. — Jedenfalls zeigt die Kapitalsflucht, daß der Staat in unerhörter Weise um die Steuern betrogen wird. Sie ist aber nicht nur der größte Steuerstreik, dadurch wird auch den deutschen Arbeitern die Beschäftigungsmöglichkeit genommen. Das Kapital, das ins Ausland geht, wird dem Inlande entzogen und schafft keine Arbeitsgelegenheit für die deutschen Arbeiter. (Zuruf bei der Arbeitsgemeinschaft<sup>1</sup>.) In der kapitalistischen Gesellschaft ist allerdings zur Beschäftigung von Arbeitern Kapital notwendig; das konnten Sie schon im vorigen Jahrhundert von Karl Marx lernen. Darum wollen wir diese Gesellschaft beseitigen.

Wir Kommunisten sagen also den Arbeitern: Zahlt nicht die Steuern, für die solche rechtsungültigen Grundlagen bestehen! Weil diese Notverordnung des Reiches verfassungswidrig und rechtsungültig ist, deshalb ist auch der vorliegende Entwurf der preußischen Regierung, der sich auf diese Notverordnung stützt, unzulässig.

Aber der Entwurf geht weit über die Notverordnung hinaus, er fordert, daß neben der Biersteuer die Bürgersteuer unter allen Umständen in Preußen zwangsweise durchgeführt werden soll. Im Ausschuß wurde die Frage aufgeworfen, warum die Regierung nicht die Durchführung einfach anordnet, sondern den Weg des Gesetzes geht. Die preußische Regierung möchte, daß nicht nur die Parteien, die in ihr vertreten sind, für diese Steuer verantwortlich sind, sondern sie will erproben, wieweit auch die Deutschnationalen bereit sind, diese Ausplünderung der werktätigen Massen mitzumachen. Deshalb bringt sie die Entscheidung vor den Preußischen Landtag, da die Deutschnationalen dort selbst vorschlugen, die „Negersteuer“ einzuführen. So will sich die Re-

<sup>1</sup> Im Preußischen Staatsrat hatten sich die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei zu einer Fraktion, genannt Arbeitsgemeinschaft, zusammengefunden. *Die Red.*

gierung durch die Unterstützung der Deutschnationalen eine gewisse Rückendeckung verschaffen.

Zur Begründung für die zwangsweise Erhebung der Bier- und der „Negersteuer“ beruft sich die Regierung auf die angebliche Fürsorge für die Gemeinden. Wenn die wahre Absicht verschleiert werden soll, dann wird in Staat und Gemeinden immer von Fürsorge und dem allgemeinen Volkswohl gesprochen. Wie sieht aber diese Fürsorge für die Gemeinden aus? Zum Staat und zur Gemeinde gehören die Ausgebeuteten und Unterdrückten — das ist die übergroße Masse der Werktätigen —, und es gehört dazu die kleine Oberschicht der Besitzenden und Ausbeuter. Wenn also von einer Fürsorge für die Gemeinden die Rede ist, dann muß gesagt werden, für wen gesorgt werden soll, für den einen oder für den anderen Teil. Es sollen die Realsteuern gesenkt werden, das heißt, es handelt sich um eine Fürsorge für die Besitzenden. Der Steuerausfall soll durch stärkere Steuerausplünderung der armen werktätigen Bevölkerung wettgemacht werden. Das ist die „Fürsorge“, welche die preußische Regierung für die Gemeinden betreibt. Sie tut sich etwas darauf zugute, daß sie bei der Kopfsteuer nur den Mindestsatz durchführen will. Aber der unsoziale Charakter dieser ganzen Steuer bleibt bestehen, ob mit Mindestsatz oder mit einem höheren Betrag; es bleibt eine der Steuern, die sich bei der Notlage der werktätigen Massen am schlimmsten auswirken muß. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Der Einführungszwang wurde damit begründet — wie das auch schon der Herr Berichterstatter erwähnt hat —, daß es erfahrungsgemäß den Parteien in den Gemeindevertretungen an dem nötigen Verantwortungswillen mangle, die erforderlichen Steuern selbst zu beschließen, um die Gemeindekassen besser in Ordnung zu halten. Deshalb will die Regierung sie vor der Notwendigkeit bewahren, selbst die Steuern zu beschließen. Sie will diesen sozialdemokratisch-bürgerlichen Etatmehrheiten in den Gemeinden Hilfestellung leisten. Aber das läuft doch auf den schlimmsten Wahlbetrug hinaus. Das haben wir gerade bei der Etatberatung in Berlin erlebt. Über die völlig unsoziale und arbeiterfeindliche Gestaltung der Ausgaben war man sich von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten einig. Als aber die Steu-

ern beschlossen werden sollten, da bekam diese Etatmehrheit plötzlich Angst vor ihren Wählern, und so wurden die vom Magistrat vorgeschlagenen Steuererhöhungen von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt. Wir haben es abgelehnt, die Ausgaben zugunsten der Besitzenden und zuungunsten der Werktätigen vorzuschlagen, und wir haben natürlich auch die Steuererhöhungen abgelehnt, wie wir damit überhaupt den Etat ablehnen. Aber die anderen Parteien — die doch die Etatmehrheit bilden — konnten sich diesen Scherz der Steuerablehnung erlauben, weil sie wußten, daß der demokratische Oberpräsident schon die Festsetzung der Steuereinnahmen im Auftrage des sozialdemokratischen Innenministers regeln würde. Er hat sie tatsächlich nach dem Vorschlage der sozialdemokratischen Magistratsmehrheit in Berlin angeordnet. Die Sozialdemokratie und auch die anderen bürgerlichen Parteien sagten sich: Wozu brauchen wir in der Stadtverordnetenversammlung die Verantwortung zu übernehmen und uns der Kritik der werktätigen Massen auszusetzen, wenn wir die Steuern auf eine bequemere Weise erreichen können! So können sie sich vor den werktätigen Wählermassen auf die Ablehnung der Steuern berufen und sich hinter den Oberpräsidenten verstecken. Es ist doch direkt eine Unterstützung des politischen Massenbetruges, was da von der Regierung gemacht wird. Sie will diesen Parteien erleichtern, die Wähler mit Versprechungen zu betrügen. Man befreit sie von der Verantwortung für die Steuerlasten, von denen nicht nur in den Gemeinden, sondern auch im Reiche und in den Ländern die Werktätigen bedrückt werden.

Noch in der vorigen Woche wurde auf dem Städtetag von den Oberbürgermeistern aller Parteischattierungen das Hohelied der Selbstverwaltung gesungen. An die Regierungen des Reiches und der Länder wurden große Kampfforderungen gerichtet. Aber es geschah doch nur zum Schein, wie die Stellungnahme der Parteien beweist, denen die Oberbürgermeister angehören. Sie drosseln die Selbstverwaltung ab. Gegen den Vorwurf, daß auf dem Wege der zwangsweisen Einführung der Steuern den Gemeinden ein Stück der Selbstverwaltung — und nicht das unwichtigste — genommen würde, erklärte ausgerechnet der Vertreter der preußischen Regierung, der Ministerialdirektor von Leyden, im ver-

einigten Ausschuß: gerade er sei doch der wärmste Freund der Selbstverwaltung, man müsse aber als notwendiges Übel die vorübergehende Einschränkung der Selbstverwaltung in Kauf nehmen. Ich habe schon im Ausschuß gesagt: Diese „Freundschaft“ des Herrn von Leyden für die Selbstverwaltung ist etwas anrühlich. Sie gleicht einem Menschen, der einen anderen unter der Beteuerung der Freundschaft so an seine Brust drückt, daß dem anderen dabei der Atem ausgeht. („Sehr gut!“ bei den Kommunisten. — Heiterkeit.) So ist diese Freundschaft des Herrn von Leyden für die Selbstverwaltung sehr gefährlich, besonders wenn sie so leydenschaftlich ausgeübt wird. Ich will den Buchstaben a in dem Worte „leidenschaftlich“ nicht durch u ersetzen. Bei dem Diktaturgesetz gegen das werktätige Berlin kommt das besonders zum Ausdruck. Herr von Leyden ist der Vater dieses Gesetzes. Schon in den früheren Verhandlungen des Staatsrats habe ich zum Ausdruck gebracht, wie in Berlin in der brutalsten Weise mit der sogenannten Selbstverwaltung aufgeräumt werden soll. Wir Kommunisten verstehen allerdings unter Selbstverwaltung nicht das Recht der oberen Verwaltungsbürokratie, zu schalten und zu walten, wie es ihr beliebt. Wir fordern die Selbstverwaltung durch die Mehrheit des Volkes, durch die werktätigen Massen. Das Diktaturgesetz für Berlin will gegen diese Selbstverwaltung einen Wall aufrichten. Deshalb ist die Freundschaftsbekundung des Herrn von Leyden für die Selbstverwaltung nicht ernst zu nehmen.

Zum Schluß noch etwas über die Stellung der Sozialdemokratie zu diesem Vorgehen der Regierung, an deren Spitze ihre Parteigenossen stehen. Die Sozialdemokratie gibt an, gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten, besonders gegen die „Negersteuer“, zu sein. Wir Kommunisten haben schon während der Wahlbewegung darauf hingewiesen, daß diese Gegnerschaft nicht ernst zu nehmen ist, da gerade Herr Dr. Hilferding der Vater der „Negersteuer“ ist und sich Herr Müller als Reichskanzler im Reichstage für die Durchführung dieses „beweglichen Faktors in den Gemeindefinanzen“ so warm eingesetzt hat. Wer die Massen betrügen will, findet immer Worte zur Täuschung über seine Absicht. So hat die Sozialdemokratie den Wahlkampf als Gegner der Notverordnung, besonders der „Negersteuer“,

geführt. Auch nach der Wahl hat sie noch so geredet. Herr Aufhäuser hat neulich in einer Berliner Funktionärversammlung der Sozialdemokratie sehr forsche Töne geredet für die Ablehnung der Notverordnung. Daß das in die Öffentlichkeit gekommen ist, war dem Herrn so unangenehm, daß er sich gestern durch ein bürgerliches Abendblatt dementieren ließ: Er habe dies gar nicht gesagt; die SPD sei gar nicht gegen die Notverordnung, sie wolle nur ihre gesetzliche Verankerung. Herr Severing hat es auf einer Konferenz so ausgedrückt: Man will nur die Fehler beseitigen, im übrigen aber den Versuch machen, bei der Durchführung des Regierungsprogramms denselben Weg zu gehen. Das ist ja noch viel schlimmer!

Im Ausschuß ist Herr Brauer für den Gesetzentwurf eingetreten. Herr Brauer ist der lancierte Oberbürgermeisterkandidat für Berlin! Ihm möchte ich sagen: Herr Brauer, hüten Sie sich! Berlin ist nicht Altona! Sie werden vielleicht die Entdeckung machen, daß die Berliner Arbeiterbevölkerung doch noch etwas anders beschaffen ist. Eine solche Praxis, wie Sie sie in Altona und im Ausschuß auch bei Beratung dieses Gesetzes betrieben haben, wird Ihnen in Berlin gehörig heißen Boden verschaffen. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Die Sozialdemokratie wird dann wahrscheinlich noch einige Hunderttausend Stimmen in Berlin verlieren.

Ich bin aber überzeugt davon: Andere möchten es, daß Herr Brauer Oberbürgermeister von Berlin wird — er selbst will es gar nicht, seine Liebe ist Herr von Leyden! Der Apparat des Innenministeriums ist ihm verlockender als der Oberbürgermeisterposten von Berlin. Deshalb betätigt sich auch Herr Brauer, wo er kann, als freiwilliger Regierungskommissar. Er tut dies freilich weniger hier in öffentlicher Beratung als in den Ausschüssen. So hat Herr Brauer denn auch im Ausschuß der zwangsweisen Einführung der „Negersteuer“ und der Beschränkung der Selbstverwaltung durch dieses Gesetz seine Zustimmung gegeben. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Das war der sozialdemokratischen Fraktion doch ein wenig unbequem. So offen soll man seine Arbeiterfeindlichkeit nicht bekunden! Wozu ist denn die deutsche Sprache da? Daher hat man in der Fraktion beschlossen, gegen den Absatz 2 im § 3 Stellung zu nehmen und so zu stimmen, wie es der Herr Bericht-

erstatter vorgetragen hat. Leider wurde der Antrag auf Einführung der Zwangsverpflichtung zur Einführung aller bei Frauen im Ausschuß mit 13 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Die entscheidende Stimme für den Antrag gab Herr Steiniger als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft ab. Herr Meerfeld hatte ursprünglich erklärt — er hat Gelegenheit, darauf zu antworten —, daß seine Freunde — auch wenn dieser Antrag abgelehnt würde — sich für das Gesetz stimmen würden. (Mitglied Dr. Meißner: Das Gegenteil habe ich gesagt!) Ich werde es Ihnen gleich beweisen — Wenn Herr Steiniger nicht so töricht gewesen wäre, die Sozialdemokraten aus der Zange zu befreien, in der sie sich bei der Stimmengleichheit im Ausschuß befanden, dann wäre bei der positiven Schlußabstimmung dieses Gesetz mit 13 zu 13 Stimmen abgelehnt worden. Als bei der ersten Schlußabstimmung über das Gesetz die Sozialdemokratie noch nicht wußte, daß Herr Steiniger eine andere Stellung einnehmen würde als zuvor, stimmten Herr Meerfeld und noch zwei andere Herren für das Gesetz. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Das Abstimmungsergebnis war nicht klar ersichtlich. Herr Jarres, der den Vorsitz hatte, mußte noch einmal abstimmen lassen. Es kam die zweite Abstimmung. Und jetzt stimmten Herr Meerfeld und die beiden anderen Sozialdemokraten gegen das Gesetz! Herr Jarres war so freundlich, Herrn Meerfeld darauf aufmerksam zu machen, ob er sich dann jetzt nicht irre, er habe doch kurz vorher dafür gestimmt. Herr Meerfeld sagte: „Nein, nein, das ist kein Irrtum!“ — Zuvor, als er dafür stimmte, machte er einen Zwischenruf und sagte: „Wir haben doch erklärt, daß wir unsere Zustimmung nicht von der Ablehnung unseres Antrages zu dem Absatz 2 des § 2 abhängig machen.“ Sie werden verstehen, daß wir ein sehr warmes Interesse für die Stellungnahme der Sozialdemokratie in solchen Dingen haben, daß wir genau aufpassen. Es war kein Irrtum, daß Herr Meerfeld zuerst für das Gesetz stimmte. Er wollte durchführen, was beabsichtigt war, und insofern war er abhänger an die anderen. Diese Stellungnahme der Sozialdemokraten ist wirklich das Musterbeispiel einer „ehrlichen“ Politik gegenüber den Arbeitern.

Die Ursachen der Not der Gemeinden sind natürlich durch all diese Maßnahmen nicht zu beheben. Herr von Leyden hat in der



schuß dargelegt, daß im nächsten Jahr über 100 Millionen Mark Defizit in den Gemeinden sein werden — ich glaube, so ungefähr war wohl die Summe —, daß selbst bei Durchführung dieser Steuern damit zu rechnen ist, daß die Einnahmen mit den Ausgaben nicht gleichen Schritt halten und die Finanzkrise in den Gemeinden ebenso wachsen wird wie bei den Ländern und im Reiche. Die Ursachen dafür sind genügend dargelegt worden.

Das schlimmste Minuskonto der deutschen Einnahmen ist der Youngplan, sind die ungeheuren Tributleistungen, die gezahlt werden müssen. Sie machen es geradezu unmöglich, daß überhaupt — wenn man so sagen soll — die deutsche Wirtschaft hochkommt, geschweige denn, daß die Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden irgendwie ausbalanciert werden können. Die Sozialdemokraten, die eifrigen Befürworter des Youngplans, haben von ihm sogar gesagt, er werde dem deutschen Volke erhebliche Erleichterungen bringen. Ja gewiß, Erleichterungen hat er für die Besitzenden gebracht — aber für die werktätigen Massen unerhörte Belastungen, die sich sowohl im Wirtschaftsprozeß wie in der Finanzpolitik zeigen.

Neben der Wirtschaftskrise, neben der Aufbürdung der sozialen Lasten auf die Gemeinden, neben der Steuerscheu der Besitzenden liegt im Youngpakt im wesentlichen die Ursache der Finanznot. Sie ist weder durch solche Verordnungen des Reichspräsidenten noch durch solche Gesetzentwürfe, wie sie die preußische Regierung vorlegt, zu beheben. Sie wird nur behoben werden, wenn die werktätigen Massen der Lasten müde sind, die in immer wachsendem Maße von den Besitzenden und ihren Vertretern in den Verwaltungen und Regierungen auf ihre Schultern gelegt werden. Die werktätigen Massen müssen den einzigen Ausweg gehen: nämlich diese bankrotte Gesellschaft stürzen, die Herrschaftsgewalt den Besitzenden entreißen und in die eigene Hand nehmen, um die ganze Wirtschaft, die Verwaltung und die Regierung des Landes im Interesse der werktätigen Bevölkerung entsprechend zu leiten. Dabei wird niemand Schaden leiden, der wirklich soziales Empfinden hat. Heute verschafft sich eine kleine Oberschicht ungeheure Vermögen, um damit ein angenehmes Leben zu führen, während die große Mehrheit des Volkes in unerhörtes Elend herabgedrückt wird. Das ist nicht

sozial, das ist egoistisch und kapitalistisch im wahrsten Sinne des Wortes.

Es ist auch eine Illusion bei einem großen Teile des deutschen Volkes, daß die Nationalsozialisten den Ausweg aus dem Elend zeigen und diesen Weg gehen werden. Ich bedaure, daß die Arbeitsgemeinschaft es nicht für notwendig gehalten hat, einen Vertreter ihrer so stark gewachsenen Bruderpartei hier wieder anwesend sein zu lassen, damit man auch die Meinung dieses Herrn oder seiner Partei zu der Angelegenheit hört. (Zurufe rechts.) Na ja, wenn man den Mann auch nicht ernst nimmt, aber dieses Wachstum der Nazis muß man ernst nehmen; das ist eine sehr ernste Angelegenheit, die man nicht mit leichter Hand beiseite schieben darf. Es ist sehr gefährlich, daß sich große Massen des Volkes der Illusion hingeben, die Nazis könnten und wollten ihnen helfen. Die Nazis werden die nationale und soziale Befreiung der Werktätigen nicht durchführen; das wird nur durch die Kommunisten geschehen.

Der kommunistische Antrag zeigt den Weg zur Behebung der Finanznot der Gemeinden. Um den Gemeinden zu ermöglichen, innerhalb des kapitalistischen Staates wenigstens ihre wichtigsten sozialen Aufgaben zu erfüllen, fordern wir, daß ihnen die Mittel dazu auf dem Wege der Überweisung jener Steuern verschafft werden, die durch die Reichs- und Landessteuergesetzgebung erhoben werden. Aber alle Parteien — von den Deutschen bis zu den Sozialdemokraten — führen den Finanzausgleich in einer den Gemeinden feindlichen Weise durch und tragen alles dazu bei, daß den Gemeinden immer weniger Mittel überwiesen werden. Weiter fordern wir, daß sowohl die Notverordnung des Reichspräsidenten wie auch dieser Gesetzentwurf abgelehnt wird. Sie werden das nicht tun, Sie werden auch den Weg, den wir Kommunisten den Werktätigen zu ihrer Befreiung zeigen, nicht gehen, und das wird Ihr Untergang sein.<sup>1</sup>

*„Stenographische Berichte des Preußischen Staatsrats“, Jahrgang 1930.*

---

<sup>1</sup> Der Antrag wurde abgelehnt. *Die Red.*

## Zur Lage in Deutschland nach den Reichstagswahlen 1930

Rede im Reichstag<sup>1</sup>  
17. Oktober 1930

Ich möchte zunächst die für mich sehr ehrenwerte Tatsache feststellen, daß sich alle Minister vor meiner Rede entfernt haben, während sie die des Nationalsozialisten mit aller Andacht angehört haben. Erst als er einen der Minister des Verrats beschuldigte, hat ein einziger deshalb den Saal verlassen, alle anderen sind aber sitzen geblieben. Wir Kommunisten werden dafür Sorge tragen, daß diese Minister für immer von diesen Bänken verschwinden. (Zustimmung bei den Kommunisten.)

Die gestern hier abgegebene Erklärung der Regierung muß im Zusammenhang mit den von ihr am 26. Juli erlassenen sogenannten Notverordnungen und ihrem Ende September herausgegebenen Wirtschafts- und Finanzplan gewertet werden. Nur so erhält man ein zusammenhängendes Bild von dem unerhörten Anschlag, den diese Regierung auf die Lebenshaltung des gesamten werktätigen Volkes — der Arbeiter, Angestellten und Beamten, der kleingewerbetreibenden und der kleinbäuerlichen Bevölkerung — unternimmt. Er soll ein Plan zur Behebung sozialer Notstände sein. Er kommt aber in Wirklichkeit auf eine ungeheure Ausplünderung und Aushungerung aller Werktätigen hinaus. Er soll den Großkapitalisten und Großagrariern unerhörte Vorteile verschaffen und sie von den Lasten des kapitalistischen Staates befreien. Die gestrige Rede Brünings war gewissermaßen die Sauce zu dem Braten, den die Regierung der Bourgeoisie serviert. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Es ist ein Hungerpro-

<sup>1</sup> Am 13. Oktober fand die erste Sitzung des neugewählten Reichstages statt. Das Reichstagsgebäude war durch einige Hundertschaften der Polizei nach außen abgeschirmt. Auch im Innern waren Polizeikräfte postiert. Daher begann die Sitzung mit einem scharfen Protest der kommunistischen Reichstagsfraktion. Am 17. Oktober nahm Wilhelm Pieck zur Regierungserklärung Stellung. *Die Red.*

gramm gegen die arbeitenden Schichten im schlimmsten Sinne des Wortes. Das Programm entspricht vollinhaltlich den Direktiven, die der Regierung von der Führung des Industrie- und Handelskapitals erteilt worden sind. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Man braucht nur die Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur Hand zu nehmen und deren Forderungen mit dem Regierungsprogramm zu vergleichen. Restlos sind von der Regierung diese Forderungen erfüllt worden — und doch ist diese Gesellschaft noch nicht einmal zufrieden. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Sie erklärt jedoch ihre volle Zustimmung zu diesen Maßnahmen — wenn sie diese auch nur als den Anfang der Schritte ansieht, die zur völligen Ausplünderung und Aushungierung des werktätigen Volkes unternommen werden sollen. Die Kapitalisten wollen noch mehr, um Profite und Kapitalbildung auf Kosten der Lebenshaltung der Werktätigen zu steigern. Sie erklären, daß sie Vertrauen zu dieser Regierung haben. Ich muß gestehen, sie haben allen Anlaß dazu.

Im Mittelpunkt des Regierungsprogramms steht der Abbau der Löhne und Gehälter. Herr Brüning erklärte das gestern mit folgenden Worten:

Zwar sei eine dauernde Senkung des Reallohns nicht der Plan der Reichsregierung, wohl aber müßten alle gesetzlichen und tariflichen Bindungen der Unternehmer für Löhne und Gehälter aufgehoben werden. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Die Löhne und Gehälter sollen gesenkt werden, um das Preisgebäude ins Wanken zu bringen.

Herr Brüning sollte einmal den Vortrag von Karl Marx — nicht seines Parteibruders Wilhelm Marx — über Lohn, Preis und Profit lesen, um sich über den Zusammenhang, der zwischen diesen drei Kategorien besteht, zu unterrichten. Es ist ein ökonomischer Unsinn, anzunehmen, daß niedrige Löhne und Gehälter unbedingt auch niedrige Preise im Gefolge haben oder daß eine Senkung der Löhne und Gehälter zum Preisabbau führt. Löhne und Preise werden von ganz verschiedenen Faktoren bedingt, wengleich bei beiden das Gesetz von Angebot und Nachfrage gilt. Aber der kapitalistische Profit steigt zweifellos, wenn die Löhne

und Gehälter abgebaut werden. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Jedenfalls steigt dadurch der aus den Arbeitern und Angestellten herausgeschundene Mehrwert, in den sich die verschiedenen Kapitalsgruppen teilen.

Der von der Regierung proklamierte Abbau der Löhne und Gehälter führt keineswegs etwa zur Behebung der wirtschaftlichen Notstände, sondern zum Gegenteil, zu ihrer Vermehrung und somit auch zur Steigerung der Absatzkrise. Wenn den Arbeitern, Angestellten und Beamten der Privatindustrie die Einkünfte um 15 bis 20 Prozent, den Beamten und Angestellten in Staat und Gemeinden um 6 Prozent gekürzt werden, so können sie doch ganz selbstverständlich weniger kaufen. Also muß sich der Absatz der Produkte mindern, muß der Inlandsmarkt zusammenschrumpfen.

Die Regierung erklärt an einer anderen Stelle ihres Programms zum Schutze der Landwirtschaft, daß ein Mehrverbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse herbeigeführt, Absatzförderung und Absatzsicherung im Inlande durchgeführt werden sollen. Aber der von ihr angekündigte Lohn- und Gehaltsabbau bedeutet doch das Gegenteil, noch dazu, wenn die Preise durch die angekündigten Erhöhungen der Schutzzölle gesteigert werden. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Hier zeigt sich also der ganze faule Zauber des Programms der Brüning-Regierung.

Aber der Lohn- und Gehaltsabbau ist bereits eine Realität geworden. Rücksichtslos führt das Unternehmertum diesen Lohn- und Gehaltsabbau durch. Das zeigt auch der Vorstoß des Verbandes der Berliner Metallindustriellen. Der von ihnen angekündigte Lohnabbau von 15 bis 20 Prozent ist in dieser Hungerperiode eine unerhörte Provokation der Arbeiter. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Dazu kommen die Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten. Seit 1928 ist die Belegschaft der in den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustrie tätigen Arbeiter von 190 000 auf 140 000, also um 50 000 vermindert worden. Eine Arbeitszeitverkürzung zur Unterbringung der Erwerbslosen lehnt das Unternehmertum ab. Der Generaldirektor Dr. Köttgen vom Siemens-Konzern erklärte bei den Verhandlungen am 23. September, die Einstellung der Arbeitslosen auf dem Wege der Arbeitszeitverkürzung sei mit erhöhten Aufwendungen verbun-

den und werde deshalb vom Unternehmertum abgelehnt. (Hört! Hört!) bei den Kommunisten.) Vom Reichsarbeitsminister Brücker ist dann am 1. Oktober zugunsten des Unternehmertums ein Sonderschlichter in der Person des Bremer Senatsangestellten Dr. Voelker beordert worden. Dieser Mann hat am 10. Oktober den Schiedsspruch gefällt, daß vom 3. November ab ein Lohnabbau von 8 Prozent für alle über 18 Jahre alten Arbeiter und von 6 Prozent für alle Jugendlichen und Frauen durchgeführt werden soll. Dieser Lohnabbau soll bis zum 30. Juni nächsten Jahres bestehen bleiben. Dabei weiß jeder, der die Entwicklung der Wirtschaft verfolgt, daß sich die Lebenshaltung von Monat zu Monat für die werktätigen Massen schwieriger gestaltet. Die Forderung der Metallarbeiterschaft, die Löhne um 20 Pfennig in der Stunde zu erhöhen, ja sogar die Forderung der Metallarbeiterbürokratie auf eine Lohnerhöhung um nur 7 Prozent ist vom Schlichter abgelehnt worden. Ebenso ist von ihm die Verkürzung der Arbeitszeit mit dem faulen Einwand abgelehnt worden, daß der Arbeitszeitvertrag nicht gekündigt sei. Die Unternehmer sind so befriedigt von diesem Schiedsspruch, daß sie ihn angenommen und seine Verbindlichkeitserklärung beantragen haben. Morgen mittag um 12 Uhr läuft die Erklärungsfrist ab; dann wird wahrscheinlich der Arbeitsminister dieser Hungeregierung den Schiedsspruch für verbindlich erklären.

Die Berliner Metallarbeiterschaft hat nahezu einmütig den Kampf gegen diesen Lohnraub aufgenommen. In einer Urabstimmung haben von den 107 000 Arbeitern, die sich an der Abstimmung beteiligten, 90 600 den Schiedsspruch abgelehnt und den Streik beschlossen. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.) So stehen seit dem 14. Oktober die Berliner Metallarbeiter im Streik. Ihrem Kampf gegen den Vorstoß der Schwerindustrie kommt eine große Bedeutung zu. Dieser Streik ist der Beginn eines Massenkampfes von ungeheurer Ausdehnung in ganz Deutschland. Wenn dabei die Polizei des Ausbeuterstaates sich nicht neutral verhält, sondern die Arbeiter niederschlägt und niederschießt (Lebhafte Pfuirufe bei den Kommunisten.) — wie es bereits gestern wieder in den Berliner Straßen gegen demonstrierende und streikende Metallarbeiter geschehen ist —, so ist das keineswegs zu verwundern. Das entspricht durchaus dem Wesen

der staatlichen Polizei, die im Dienste der Schwerindustrie steht. Heute morgen ist es zu einer neuen Provokation der Arbeiterschaft durch die Polizei gekommen: Die kommunistische Reichstagsabgeordnete Mildenberg wurde bei der Streikpropaganda verhaftet und soll dem Schnellrichter zugeführt werden. Das sind Provokationen einer Polizei, die in Preußen wie in Berlin unter sozialdemokratischer Führung steht. Hier zeigt sich das Zusammenwirken der Sozialdemokratie, der Trägerin der Staatsgewalt in Preußen, mit dem Unternehmertum gegen die Arbeiterklasse.

Der Streik der Berliner Metallarbeiterschaft steht unter Führung der revolutionären gewerkschaftlichen Opposition und der Kommunistischen Partei; er wird von der gesamten Arbeiterschaft unterstützt. Die Arbeiterschaft wird jedem Versuch, diesen Kampf abzuwürgen — sei es durch Verbindlichkeitserklärung, sei es durch die Hilfe der Metallarbeiterbürokratie —, ihren entschlossenen Willen entgegenstellen.

Die kommunistische Fraktion fordert in einem Antrag auf Drucksache Nr. 20 vom Reichstage, die Reichsregierung zu beauftragen, den Schiedsspruch Dr. Voelkers aufzuheben und seine Verbindlichkeitserklärung zu verhindern; ferner den Siebensturentag bei vollem Lohnausgleich für die gesamte Metallarbeiterschaft einzuführen. Das sind die Forderungen der streikenden Metallarbeiter. Wir Kommunisten wissen wohl, daß dafür kein Verständnis bei den übrigen Parteien vorhanden ist und daß sie unsere Anträge ablehnen werden. Wir fühlen uns aber als Kommunisten verpflichtet, auch von dieser Stelle aus die Forderungen der kämpfenden Arbeiter zu vertreten. Herr Brüning hat in seiner gestrigen Erklärung kein Wort zu diesem Kampf gesagt; wohl aber kam in seiner Rede der Wille der Regierung zum Ausdruck, den Schiedsspruch und das Unternehmertum in seinem Bestreben auf Lohnabbau auf der ganzen Linie zu unterstützen zugunsten des Kapitalprofits. Hier zeigt sich in grellestem Licht die Arbeiterfeindlichkeit und Hungerpolitik der Regierung. (Zuruf bei den Kommunisten: „Diese Regierung ist eine Räuberbande!“)

Ich möchte aus dem Programm der Regierung noch einige Punkte erwähnen, und zwar zunächst aus dem Abschnitt, den sie euphemistisch „Reform- und Sanierungsprogramm“ umschreibt, die sogenannte Sparpolitik, die sie mit dem Abbau der

sozialen Fürsorge unter dem Titel „Selbständigmachung der Arbeitslosenversicherung“ beginnt. Das bedeutet Abbau und Abwürgung der Arbeitslosenversicherung in Verbindung mit einer enormen Beitragserhöhung. Die Reichsregierung lehnt es ab, Mittel des Reiches für die Erwerbslosenversicherung zur Verfügung zu stellen. Sie weiß, daß aus den Beiträgen allein die Mittel zur Zahlung der Unterstützungen nicht aufgebracht werden können. Sie will die Erwerbslosenversicherung abwürgen.

Die Arbeitslosigkeit steigt. Man rechnet bereits sogar in kapitalistischen Kreisen damit, daß sie im Laufe des Winters von den jetzt bestehenden drei Millionen auf vier, fünf, ja sechs Millionen steigen kann. Dazu kommt die unerhörte Not, die sich durch die Aussteuerung der Erwerbslosen ergibt. Trotzdem wird die Krisenfürsorge eingeschränkt. Durch einen Erlaß der Regierung soll die Krisenunterstützung vom 3. November ab für alle unter 21 Jahre alten Erwerbslosen gesperrt werden. Sie soll nur noch bis zu 32 Wochen gezahlt und die Sätze der Krisenfürsorge sollen herabgesetzt werden.

Die Regierung weiß natürlich, daß ein solcher Abbau der Erwerbslosen- und Krisenunterstützung seine Auswirkung in den Wohlfahrtslasten der Gemeinden finden muß, die ohnehin finanziell bankrott sind. In dem Regierungsprogramm über den Finanzausgleich, der vom 1. April 1932 ab sozusagen endgültig sein soll, werden die Gemeinden noch mehr als bisher in den Überweisungen benachteiligt werden. Die Folge wird sein, daß die Gemeinden bei ihrer reaktionären Zusammensetzung versuchen werden — in erster Linie und noch mehr als bisher —, an den Wohlfahrtsmaßnahmen zu sparen.

Unser Antrag auf Drucksache Nr. 18 fordert für die kommende schwere Zeit des Winters eine Winterbeihilfe, die allen gewährt werden soll: Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentnern sowie allen Fürsorgeberechtigten und zwar in Höhe von 40 Mark, ferner für jeden Unterhaltsberechtigten und für die Empfänger von Waisenrenten 12 Mark. Das ist gegenüber der ungeheuren Not nur eine sehr geringe Forderung. Aber wir wissen, daß dieser Reichstag bei seiner Zusammensetzung für diese Not kein Verständnis hat und unseren Antrag ablehnen wird. In dem Programm der Regierung heißt es auch, daß, durch besonderes Gesetz festgelegt,



die Ausgaben im Reich, in den Ländern und Gemeinden auf drei Jahre keine Erhöhung erfahren dürfen und daß alle höheren Einnahmen zur Senkung der Besitzsteuern verwendet werden müssen. Diese Bestimmung ist in Anbetracht der Steigerung des Massenelends ein unerhörtes Verbrechen, das an der Arbeiterklasse verübt wird. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Bei dieser Steigerung der Krise und des Massenelends glaubt die Regierung dekretieren zu können, daß die Gemeinden in den nächsten drei Jahren zur Milderung des Massenelends keine erhöhten Ausgaben machen dürfen. Die Regierung scheint sich sehr stark zu fühlen. Vielleicht macht sie dem Generalfeldmarschall von Hindenburg den Vorschlag, daß er der Krise mit Hilfe des Artikels 48 Einhalt gebietet, so ungefähr wie Moses dem Roten Meer.

Brüning hat in seiner Erklärung sehr billige Phrasen über die soziale Gesinnung der Regierung gebraucht: Die jetzige Regierung wolle sich von ihrer Vorgängerin darin nicht übertreffen lassen. Das ist kein Lob, da feststeht, daß schon bei der vorigen Regierung die soziale Gesinnung restlos gefehlt hat. Wenn sich also die Regierung darin von ihrer Vorgängerin nicht unterscheiden will, dann weiß die arbeitende Klasse, was sie von dieser Regierung zu erwarten hat. Was soll es bei diesen Maßnahmen der Regierung zur Abdrosselung der sozialen Fürsorge heißen, wenn Brüning erklärt, solange die Arbeitslosigkeit dauert, wolle die Regierung unter allen Umständen eine ausreichende Unterstützung der unfreiwillig Arbeitslosen nach wie vor sicherstellen? Einmal erläßt sie Notverordnungen und Gesetze zum Abbau der Erwerbslosenunterstützung, und dann erklärt sie wieder, daß sie keinerlei Abbau zulassen wird. (Zuruf von den Kommunisten: „Heuchelei!“) Das ist eine glatte Verhöhnung der Erwerbslosen. Die Regierung tut das Gegenteil dessen, was sie hier verspricht. Wenn jemand das Gegenteil der Wahrheit sagt, so brauche ich das nicht mit dem dafür zutreffenden Wort zu bezeichnen.

Die Regierung erklärt, sie wolle möglichst viele Arbeitsfähige in Arbeit bringen. Das soll mit der berüchtigten Arbeitsdienstpflicht geschehen, um dem Unternehmertum, um dem Staat billige Arbeitskräfte zu verschaffen, um einen noch stärkeren Druck auf die Löhne und Gehälter ausüben zu können.

In den Maßnahmen der Regierung ist weiter vorgesehen der

Abbau der Wohnungsfürsorge und des Mieterschutzes. Von den 800 bis 850 Millionen Mark — die bisher aus Hauszinssteuermitteln für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wurden — sollen von 1931 ab nur noch 400 Millionen Mark gewährt werden. Das bedeutet, daß jährlich 100 000 Wohnungen weniger gebaut werden. Und das in Anbetracht der Tatsache, daß heute schon Hunderttausende von Wohnungen fehlen! Der Wohnungsbau soll also noch mehr gedrosselt werden. Ab 1. April 1934 soll das Wohnungsmangelgesetz, ab 1. April 1936 sollen Mieterschutz und Reichsmietengesetz aufgehoben werden. Bei dem Wohnungselend und Wohnungsmangel bedeutet das eine Begünstigung der Hausagrariere zur schlimmsten Bewucherung der werktätigen Mieter.

Hinzu kommt der Abbau der Krankenversicherung. Es ist schon genügend darüber gesprochen worden, in welcher arbeitermörderischen Weise die Verordnung der Regierung sich bereits ausgewirkt hat. Sie wagt es — ein Diener der christlichen Nächstenliebe steht an ihrer Spitze —, auf Kosten der kranken Arbeiter den verfaulten und bankrotten Staat aufrechtzuerhalten. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Dazu kommt die Abdrosselung der Kriegsopferversorgung. Neben der Notverordnung, der Sperre weiterer Unterstützungsanträge der Kriegsoffer, hat der Reichsarbeitsminister — auch ein Mann aus der Partei der christlichen Nächstenliebe — einen Erlaß herausgegeben, wonach die Witwenbeihilfen, die Elternbeihilfen und die Kinderzulagen vermindert oder völlig beseitigt werden sollen. Die Heilbehandlung soll eingeschränkt, die Arzneikosten sollen zum Teil auf die Kriegsoffer abgewälzt werden.

Neben diesem Abbau der Sozialfürsorge soll eine unerhörte Erhöhung der Massensteuern durchgeführt werden. Was an Steuern in der Notverordnung schon an Reichsbeamtennotopfer und Ledigensteuer und sogenannter Hilfe für die Gemeinden in der Form der Bier- und Getränkesteuer sowie der „Negersteuer“ enthalten ist, soll nach dem Wirtschafts- und Finanzplan der Regierung noch bedeutend übersteigert werden. Der Zweck, der mit dieser Erhöhung der Bier- und Getränkesteuer sowie mit der Einführung der „Negersteuer“ verfolgt wird, ist die Senkung der Realsteuern. Was bedeutet aber eine Senkung der Realsteuern,

wenn nicht gleichzeitig die durch die Realsteuern in die Höhe getriebenen Preise gesenkt werden? Sie bedeutet nur ein ungeheures Geschenk an das Großunternehmertum. (Zustimmung bei den Kommunisten.)

Wir fordern in unserem Antrage Nr. 15 die Aufhebung der Notverordnung, in der alle diese Steuern und der Abbau der sozialen Fürsorge eingeschlossen sind. Es ist von der Sozialdemokratie eingewandt worden, daß es unmöglich sei, die auf Grund der Notverordnung bereits gezahlten Steuern zurückzuzahlen. Für uns Kommunisten können nicht die Schwierigkeiten maßgebend sein, die die Regierung sich selbst durch diese Notverordnung geschaffen hat. Wir vertreten nur die Interessen der ausgeplünderten werktätigen Massen. Wie die Regierung über die Schwierigkeiten hinwegkommt, mag ihre Sorge sein. Wir werden hier immer und immer wieder mit allem Nachdruck die Forderungen der Werktätigen vertreten. Wenn sich der Sozialdemokrat Hermann Müller hier herstellt und aus Sorge um diese Schwierigkeiten gegen die Forderungen des kämpfenden Proletariats, gegen die Forderungen der Werktätigen Stellung nimmt, so zeigt das nur, welchen Weg die Sozialdemokratie auch in Zukunft gehen will.

Was Brüning in seinem Sozialprogramm noch weiter als Pläne aufgezählt hat, ist nichts anderes als eitel Schaumschlägerei: Arbeitsschutzgesetz, Bergarbeitergesetz, Tarifvertragsgesetz, Invalidenversicherung, Unfallversicherung, Angestelltenversicherung! Er spricht von Reformen dieser sozialen Einrichtungen. Was bedeutet aber Reform im Munde einer solchen christlichen Regierung? (Zuruf bei den Kommunisten: „Diebstahl!“) Jede Reform kommt auf eine Verschlechterung der bestehenden Zustände, auf einen weiteren Raub an den werktätigen Massen hinaus. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Nun noch zu dem außenpolitischen Programm! In den Ausführungen Brünings vermißt man jedes Programm. Er machte nur allgemeine Redensarten. Jedoch mit einer Ausnahme — da meldet die Regierung sehr scharf und bestimmt ihre Forderungen an: Das ist die Verstärkung der Wehrmacht. Es ist ganz verständlich, warum die Regierung die Wehrmacht verstärken will. Sie weiß — so klug ist sie —, daß solche Maßnahmen, wie sie sie gegen

die werktätigen Massen ergreift, nicht wirkungslos an den Hungernden vorübergehen. Sie weiß, daß eine wachsende Radikalisierung der Massen eingesetzt hat — und daß sie zu ihrer Niederschlagung neben der Schutzpolizei die Reichswehr benötigt. Darum die Forderung nach einer Verstärkung der Wehrmacht. Und die Redensart, die der Reichskanzler gebrauchte: Man müsse die Reichswehr von allen Parteieinflüssen frei halten, sie in Geschlossenheit und Gehorsam erhalten, damit sie ein fester Rückhalt der Volksgemeinschaft und des Staatswesens sei, hat am besten ihre Beleuchtung durch den Leipziger Reichswehrprozeß<sup>[48]</sup> erhalten.

Wenn Hitler als Zeuge zum Leipziger Reichswehrprozeß geladen und zum Eid zugelassen wurde (Zuruf bei den Kommunisten: „Nicht sein erster Meineid!“), so ist der Zweck, den das oberste Reichsgericht mit Zustimmung der Reichsregierung verfolgte, ganz eindeutig: Die Nazis sollten sich in der Öffentlichkeit den Anschein verschaffen, sie seien eine staaterhaltende Partei, der es wie den anderen staaterhaltenden Parteien erlaubt sein müsse, Einfluß auf das Heer auszuüben. Regierung und Reichsgericht haben ganz richtig erkannt, welchem Zweck eigentlich die nationalsozialistische Bewegung dient: Verstärkung der Reichswehr für die Niederschlagung der rebellischen Arbeitermassen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Ganz richtig haben auch Reichsregierung und Reichsgericht erkannt, daß die einzige Bewegung, die diesem Ausplünderungssystem, diesem System der Knechtung der werktätigen Massen, überhaupt diesem Staat gefährlich ist, nur die kommunistische Bewegung ist. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Das kommt auch in den Urteilen, die dieses oberste Gericht fällt, immer und immer wieder zum Ausdruck. Die drakonischen Urteile auf Zuchthaus und Gefängnis, die gegen revolutionäre Arbeiter wegen der Delikte „Zersetzung“ und „Hochverrat“ gefällt werden, übersteigen um das Zehnfache die Urteile, die gegen die Ulmer Reichswehroffiziere gefällt worden sind. Was dabei von diesem Gericht an Verwilderung der Rechtsbegriffe geleistet wird, ist von bürgerlichen Juristen schon vielfach dargelegt worden. Dieses Reichsgericht wendet sich mit allem Klassenhaß der Bourgeoisie gegen die revolutionären Arbeiter, gegen die Opfer, die durch Polizei und

Justiz vor seine Schranken geschleppt werden. Erst in den letzten Tagen wurden aus den Reihen der jugendlichen Arbeiter, die Ostern dieses Jahres in Leipzig für ihre revolutionären Forderungen demonstrierten — wobei zwei Jugendliche von der Polizei erschossen wurden (Pfeife bei den Kommunisten.) —, 11 Jugendliche von diesem Gericht wegen Aufruhrs zu insgesamt 85 Monaten Gefängnis, einer davon sogar zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Das ist die Bestätigung für meine Darlegungen. Die kommunistische Bewegung ist die einzige revolutionäre Kraft, die der Bourgeoisie gefährlich ist. Aber man irrt sich, wenn man glaubt, mit solchen Klassenjustizurteilen die revolutionäre Bewegung einschüchtern oder abdrosseln zu können. Ob auch ein Severing mit dem Republikschutzgesetz versucht, die gesetzliche Unterlage für diese Vernichtung zu schaffen, oder ob ein Zörgiebel und andere sozialdemokratische Polizeipräsidenten die Schutzpolizei gegen die kämpfenden Arbeiter führen und hetzen — trotz alledem marschiert die revolutionäre Bewegung voran. (Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Die revolutionäre Organisation, die neben der Kommunistischen Partei an der Spitze der kämpfenden Arbeiterschaft steht, der Rote Frontkämpferbund, ist von Severing verboten worden. Aber ob Sie den Roten Frontkämpferbund, die Rote Jungfront und die Antifaschistische Junge Garde verbieten, ob Sie noch so viel Kriminalisten und Klassenrichter gegen die verbotenen Organisationen loshetzen, sie existieren doch! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten, Hochrufe auf den Roten Frontkämpferbund.) Der Rote Frontkämpferbund ist als Kampforganisation gegen den Faschismus nach dem Verbot noch gewachsen.

Ich stelle ferner die Tatsache fest, daß allein seit dem 1. Januar dieses Jahres 6400 Proletarier strafverfolgt wurden und daß die Zahl der Verurteilten über 1600 beträgt. In dieser Zeit sind gegen sie 34 Jahre Festung, 31 Jahre Zuchthaus und 389 Jahre Gefängnis verhängt worden. Das ist das Register der deutschen Klassenjustiz gegen die revolutionäre Bewegung. (Zurufe bei den Kommunisten: „Umsonst!“) Es klang wie ein Witz, als der nationalsozialistische Redner hier von einer zwölfjährigen Verfolgung der nationalsozialistischen Bewegung sprach. Wo haben die

Nationalsozialisten die Zuchthäusler aufzuweisen, die wegen ihres Kampfes um politische Forderungen im Zuchthause gesessen haben? Selbst die paar Fememörder sind herausgelassen worden. Aber was sind sie gegenüber den Tausenden revolutionärer Arbeiter, die um ihrer politischen Überzeugung willen der Freiheit beraubt worden sind? Darin dokumentiert sich, daß die nationalsozialistische Bewegung nicht von der Bourgeoisie als eine ihr feindliche Bewegung angesehen wird. Die Nationalsozialisten können mit ihren Hakenkreuzen herumlaufen, obwohl Severing das verboten hat — niemand behelligt sie. Aber wenn ein Rotfrontkämpfer mit seinem Bundeszeichen sich auf der Straße sehen läßt, wird er verhaftet und bis zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Wir haben unter Drucksache Nr. 56 den Antrag gestellt, daß ein neues Amnestiegesetz erlassen werden soll, wonach alle, die wegen ihrer politischen Betätigung bestraft worden sind, aus den Gefängnissen befreit werden sollen. Wir wollen aber nicht, daß die Mörder, die sich gegen die Arbeiterklasse vergangen haben, in diese Amnestie eingeschlossen werden sollen. Wir fordern unter Antrag Nr. 17 ferner, daß das Verbot des Roten Frontkämpferbundes, der Roten Jungfront, der Antifaschistischen Jungen Garde mit sofortiger Wirkung aufgehoben wird.

Die Regierung Brüning hat einen Appell an die Wählerschaft gerichtet und in dem Wahlergebnis vom 14. September eine sehr eindeutige Antwort von den Wählern erhalten. Der Wahlerfolg der Kommunisten, die Steigerung der Stimmen von 3,2 auf 4,6 Millionen, der Zuwachs von 1,4 Millionen, ist das wichtigste Merkmal dieser Entscheidung der werktätigen Massen gegen die Regierung. Die Kommunistische Partei wurde zur drittstärksten Partei in Deutschland, in Berlin sogar zur stärksten Partei. Das beweist, daß große Massen des werktätigen Volkes erkannt haben, was für sie auf dem Spiele steht. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Bedeutende bürgerliche Zeitungen haben offen erklärt: So groß auch der Wahlerfolg der Nationalsozialisten sein möge, das Wichtige und Gefährliche für die Bourgeoisie sei doch der Stimmenzuwachs der Kommunistischen Partei. Und das ist absolut richtig, weil die Kommunistische

Partei die einzige antikapitalistische Arbeiterpartei ist. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Auf dieser Kampfansage, die am 14. September von den entscheidenden Teilen des Industrie- und des Landproletariats erhoben worden ist, basiert unser Mißtrauensantrag, den wir auf Drucksache Nr. 14 eingebracht haben. In diesem Mißtrauensantrag wird die Forderung der werktätigen Massen zum Ausdruck gebracht: Weg mit dieser Hungerregierung, weg mit diesen Hungerdiktatoren! Es ist verständlich, daß dieser Wahlausgang der Regierung und den hinter ihr stehenden Parteien sehr auf die Nerven gefallen ist und deshalb in ihrem Programm der Wahlrechtsraub mit an erster Stelle steht. Der Jugend soll das Wahlrecht wieder genommen werden. Die Beseitigung des Listensystems ist offen dahin ausgelegt worden, daß sie gegen die kommunistische Wählerschaft gerichtet ist. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Das haben selbst Sozialdemokraten ausgesprochen. Im Grunde genommen geht das Bestreben der Regierung und der bürgerlichen Parteien überhaupt auf Beseitigung, wenigstens auf vorübergehende Ausschaltung des Parlaments hinaus. Die Anwendung des Artikels 48 ist bereits erfolgt in einer der Verfassung völlig widersprechenden Weise. Wir Kommunisten müssen immer wieder darauf hinweisen, daß diese Verfassung nur zum Betrüge und zur Knebelung der werktätigen Massen geschaffen worden ist. Weder die Regierung noch die Parteien respektieren die von ihnen beschlossene Verfassung. Wir wollen auch hier nicht unterlassen, auf den Widerspruch hinzuweisen, der zwischen dem Verhalten der Regierung und den verfassungsmäßigen Bestimmungen besteht. Die Pläne der Regierung sind unvorsichtigerweise wiederholt durch Herrn Treviranus ausgeplaudert worden. Die Wirtschaftskrise ist in die politische Krise der bürgerlichen Demokratie umgeschlagen, die Bourgeoisie will ihr mit der offenen faschistischen Diktatur begegnen.

Vorläufig sieht sich allerdings die Regierung nach Hilfstruppen um, um noch den Schein der Demokratie wahren zu können. Dabei sind ihre Hoffnungen in erster Linie auf die Sozialdemokraten gerichtet. Die Regierung schätzt die Sozialdemokratie sehr richtig ein. So grob auch die Worte der Sozialdemokraten gegen die Regierung nach der Auflösung des letzten Reichstages

und während der Wahlbewegung waren, das Zentrum und die Sozialdemokratie verstehen sich prächtig miteinander. Sie wissen: Das ist nicht so ernst gemeint, das dient nur dem Betrug ihrer Wählermassen. Hier hat der Redner der Sozialdemokratie ziemlich unverblümt das Programm der Sozialdemokratie dargelegt, wie es auch in der Entschließung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion enthalten ist. Die rechten Sozialdemokraten wollen unter allen Umständen mit dieser Regierung die Ausplünderung der werktätigen Massen zur Erhaltung des Kapitalismus durchführen. Sie wollen das nur noch nicht auf dem Wege der Diktatur; sie wollen eine „demokratische“ Ausplünderung und Knechtung der werktätigen Massen. Darum soll die durch die Notverordnung angeordnete Ausplünderung in gesetzliche Bestimmungen gefaßt werden. Ein Ausschuß soll darüber beraten, wie man unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Verstärkung auf Kosten der werktätigen Massen durchführen will.

Die Sozialdemokratie wird jetzt einen noch größeren Betrug an den Wählermassen verüben als nach der Wahl von 1928. Gewiß sind in der Sozialdemokratischen Partei starke Gegenströmungen vorhanden, die ihre Wurzel in den Betriebsarbeitern haben, die im Betriebe am eigenen Leibe fühlen, was diese sozialdemokratische Koalitions politik mit den Klassenfeinden des Proletariats bedeutet. Herr Hilferding hat es in Berlin und in Breslau bei den sozialdemokratischen Arbeitern sehr deutlich zu hören bekommen, wie sie über eine solche Politik des Klassenverrats und der Ausplünderung der Massen denken. So wendet sich der klassenbewußte Teil der sozialdemokratischen Arbeiterschaft immer mehr von dieser Partei ab und kommt zu den Kommunisten.

Die SPD ist fälschlich als eine marxistische Partei angesprochen worden. (Zurufe bei den Kommunisten: „Eine Beleidigung des Marxismus!“) Das kann nur aus Unkenntnis des Marxismus geschehen sein. Keine Spur von Marxismus ist mehr in der Sozialdemokratie! Die sozialdemokratischen Führer sind gegen den Klassenkampf, gegen die proletarische Revolution, gegen die politische Gewaltanwendung, die Karl Marx als die Geburtshelferin jeder neuen Zeitepoche bezeichnete; sie sind gegen die Sowjetunion, sie sind für die bürgerliche Demokratie, für die Erhaltung des Kapitalismus. Deshalb ist es völlig irrig, wenn man glaubt, in



der Sozialdemokratie den Marxismus zu bekämpfen. Wollen Sie das, dann tun Sie, was Sie bisher taten: Kämpfen Sie gegen die Kommunistische Partei. — Aber sie wird gerade deshalb dem Marxismus zum Siege verhelfen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Nun noch ein Wort über die Nationalsozialisten. Ich brauche mich dabei nicht persönlich an sie zu wenden, weil sie hinausgelaufen sind. Wir Kommunisten werden uns in diesem Hause mit den Nationalsozialisten nur auf Grund von Tatsachen auseinandersetzen, die das Wesen des Nationalsozialismus kennzeichnen und die den Widerspruch zwischen der Propaganda und den Taten der Nationalsozialisten zeigen. Sollten den Nationalsozialisten diese Tatsachen unbequem sein und sollten sie versuchen, unsere Feststellungen hier niederzuschreiben, so werden die Tatsachen damit nicht aus der Welt geschafft. Andererseits werden wir Kommunisten auch in diesem Hause Mittel finden, uns dagegen zu wehren. Ich will mich jetzt nur auf ein paar Tatsachen beschränken, die den Nationalsozialismus kennzeichnen. Die Nationalsozialisten haben mit ihrer Propaganda gegen das kapitalistische System und den Youngplan einen großen Wahlerfolg erzielt. Sie waren selbst von diesem Erfolg überrascht. Der Erfolg ist im wesentlichen auf den Zerfall der bürgerlichen Parteien („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) und auf die erhöhte Wahlbeteiligung zurückzuführen. Der Wahlerfolg findet seine Erklärung darin, daß die Werktätigen, die den Nationalsozialisten folgen, wirklich empört sind über die Regierungspolitik, die Politik der bürgerlichen Parteien und das kapitalistische System. Sie wollen die Vernichtung dieses Systems. Aber sie sind sich noch nicht klar darüber, daß diese Vernichtung des Systems, daß die Befreiung von dieser nationalen Knechtschaft und der sozialen Unterdrückung nur möglich ist auf dem Wege der proletarischen Revolution. Die Nationalsozialisten kamen diesen antikapitalistischen Stimmungen mit ihrer Propaganda entgegen; darum ihr Stimmenzuwachs. Aber dieser Wahlerfolg der Nationalsozialisten ist kein Einbruch in das marxistische Lager; denn von den Arbeitern in der Sozialdemokratie, die klassenbewußt den Kampf des Proletariats führen wollen, ist kein einziger von den Nationalsozialisten gewonnen worden; sie sind einge-

schwenkt in die Front der kommunistischen Bewegung. (Bravorufe und Händeklatschen bei den Kommunisten.) So ist dieser Erfolg lediglich auf einen Abzug der Stimmen im bürgerlichen Lager zugunsten der Nationalsozialisten zurückzuführen. Vor den Massen, die den Nazis folgten, steht jetzt die Frage, ob ihre auf die Nazis gesetzten Hoffnungen sich erfüllen, ob die Nazis ihrer Propaganda die entsprechenden Taten folgen lassen. Ich glaube, sie werden schwer enttäuscht werden. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Schon die Tage seit dem 14. September zeigen eine merkliche Wandlung in der Führung der nationalsozialistischen Bewegung. Ihr gestriges ruhiges Verhalten gegenüber Herrn Brüning, als er das innenpolitische reaktionäre Programm der Regierung entwickelte, zeigt, daß sie bereit sind, auf diesem Wege mit der Regierung zu gehen. Auch die Deklamationen, die Herr Strasser hier aus dem gedruckten Programm der Nationalsozialisten von Gottfried Feder vorgetragen hat, zeigen eines deutlich: Diese Bewegung ist keine Gefahr für die Bourgeoisie. Diese Bewegung wird sich einfügen in das kapitalistische System, sie wird die Politik mitmachen, die die bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterklasse führen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Darum ihre Erklärungen, daß sie kein Wasserlein mehr trüben und auf dem Boden der Weimarer Verfassung mit den übrigen bürgerlichen Parteien zusammen die Politik in diesem Hause machen wollen. Und wenn etwas geeignet ist, das zu kennzeichnen, so ist es die Wahl eines Nationalsozialisten in das Präsidium. Das würde einem Kommunisten nie passieren — trotz aller angeblichen Gepflogenheiten, dabei nach der Stärke der Fraktionen zu verfahren, auf die sich die bürgerlichen Parteien der Mitte, besonders das Zentrum als der „Hüter der Demokratie“, so berufen haben. Nicht einmal zu einem kommunistischen Schriftführer langt es bei dieser „Demokratie“. (Zuruf bei den Kommunisten: „Wir werden auch das zu tragen wissen!“) Ich muß gestehen, wir Kommunisten sind in keiner Weise darüber betrübt, sondern im Gegenteil stolz darauf, daß dieses Haus so deutlich zum Ausdruck bringt, daß wir Kommunisten die einzige feindliche Kraft in diesem Hause sind. (Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Ich brauche mich nicht weiter auf Anführung von Tatsachen einzulassen, die sich aus der nationalsozialistischen Praxis in

Thüringen bereits ergeben haben. Ich möchte hierfür die Ausführungen einer Berliner Zeitung sprechen lassen, die den Nationalsozialisten zum mindesten nicht unfreundlich gegenübersteht. Das ist die „Deutsche Allgemeine Zeitung“. Sie schreibt:

In praktischer Hinsicht hat das thüringische Beispiel bewiesen, daß die Nationalsozialisten den Unterschied zwischen Opposition und Verantwortung durchaus begreifen. Sie haben dort zugestimmt einer Kopfsteuer ohne Staffelung, der Erhöhung des Schulgeldes, erheblichen Ersparnissen im Wohlfahrtswesen und im Schuletat. In der Frage der Unterstützung der Erwerbslosen, Kleinrentner, Sozialrentner haben sie ihre von der Sozialdemokratie wörtlich aufgenommenen früheren Oppositionsanträge mit den übrigen Rechtsparteien zusammen niedergestimmt. In Braunschweig treten sie für eine zehnprozentige Kürzung der Beamtengehälter ein.

Wenn wir Kommunisten das sagen, gehen die Nazis immer in die Höhe. Hier wird von ihren Freunden selbst festgestellt, welche Politik die Nationalsozialisten treiben. Daß sie etwa eine anti-kapitalistische Partei sind, wird durch ihre Zusammensetzung und Führung widerlegt. Eine Partei, die einen Textilfabrikanten Mutschmann zum Mitgliede hat, die kann doch niemand weismachen, daß sie den Kapitalismus bekämpft. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Wer mit dem Bankdirektor von Stauß frühstücken geht oder mit Herrn Hugenberg sich gegen das werktätige Volk verbindet, der kann selbst dem Dümmden nicht mehr begreiflich machen, daß die Nazis gegen das kapitalistische System sind.

Dann noch zum Youngplan! Über die Frage seiner Zerreißung oder Erfüllung haben sich Herr Hitler und Herr Goebbels sehr diplomatisch ausgelassen. Es ist schon von dem Redner der Sozialdemokratie auf ihre Äußerungen hingewiesen worden. Wenn Herr Strasser der Regierung entgegenhielt, daß man den Youngplan nie beseitigen wird, wenn man erst auf die Sanierung wartet, so sage ich: Wenn — wie die Nazis sagen — erst die geistige Regeneration durch die Nationalsozialisten durchgeführt werden soll, dann wird der Youngplan nie beseitigt werden. („Sehr gut!“ bei den Kommunisten.)

Bei alledem ist der Zuwachs der Nationalsozialisten eine sehr ernste Angelegenheit, weil er zeigt, wie Massen durch die Propaganda von Demagogen, die vorgeben, das kapitalistische System stürzen zu wollen, irregeführt werden können, während doch die Partei in ihrer ganzen Zusammensetzung und in ihrer ganzen Führung auf das Gegenteil eingestellt ist. Darum ist es eine große Aufgabe, diese Massen, die am 14. September den Nazis gefolgt sind, aus dieser Front herauszulösen, damit nicht — wie Herr Strasser prophezeien zu können glaubt — die nächsten Wahlen den Nazis einen noch größeren Aufstieg bringen. So dumm ist das werktätige Volk denn doch nicht, um nicht zu verstehen: Was von den Nazis in verantwortlichen Stellungen als Minister und in den Parlamenten getan wird, ist etwas ganz anderes, als sie den Massen vorgeredet haben.

So werden diese enttäuschten Massen zu der revolutionären Partei kommen, weil sie die einzige Kraft ist, die offene faschistische Diktatur zu verhindern, an ihre Stelle die revolutionäre proletarische Diktatur zu setzen und das Programm durchzuführen, das die Kommunistische Partei zur nationalen und sozialen Befreiung aufgestellt hat. Dieses große historische Dokument der revolutionären Bewegung der letzten Zeit enthält die Aufgaben der Revolution, die Karl Marx und Lenin niedergelegt haben und die durch die russische Revolution bereits zu einem großen Teil in die Tat umgesetzt sind.

Wir Kommunisten sind die einzige Kraft, die das Proletariat von seinen einheimischen Bedrückern befreien wird. Die Befreiung von den einheimischen Bedrückern muß zuerst erfolgen, wenn das deutsche werktätige Volk die Knechtschaft durch die ausländischen Mächte abschütteln will. Diese Erkenntnis müssen die werktätigen Massen in sich aufnehmen und in die Tat umsetzen. Nur so wird es möglich sein, die Forderungen zu verwirklichen, die die Kommunistische Partei auch in diesem Reichstag erhebt. Wenn wir in unserem Antrag Nr. 16 verlangen, daß alle Zahlungen des Youngplans mit sofortiger Wirkung einzustellen sind, so wissen wir Kommunisten, daß außer uns niemand in diesem Hause dieser Forderung zustimmt. Denn mit der Erfüllung des Youngpaktes erfolgt gleichzeitig eine unerhörte Ausplünderung des Volkes zugunsten der deutschen Kapitalisten.

Hier kommt die Gemeinschaft ausländischer und deutscher Kapitalisten deutlich zur Geltung. Wenn wir trotzdem unsere Forderung erheben, dann ist das unsere Kampfansage gegen dieses System, gegen die einheimischen und die ausländischen Unterdrücker des werktätigen Volkes. Die Kommunistische Partei ist die einzige Kraft, die das Proletariat fähig machen wird, den Sieg über diese seine Ausplünderer und Unterdrücker zu erringen.

Wir wissen auch, daß unser Antrag Nr. 40, der den Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Kapitalsflucht und der Steuerhinterziehung enthält, in diesem Parlament keine Annahme finden wird. Aber dadurch wird dokumentiert, daß alles Gerede vom Kampf gegen die Kapitalsflucht, vom Vertrauen, das die deutschen Kapitalisten zu der eigenen Regierung haben müßten, nichts anderes als leeres Gerede ist. Auch gegen die Steuerbetrüger, gegen alle diejenigen, die das Kapital Deutschland entziehen und damit die Arbeitslosigkeit vermehren, führt die Kommunistische Partei auf der Grundlage ihres Befreiungsprogramms den schärfsten Kampf. Um dieses fluchwürdige System der kapitalistischen Ausbeutung und Knechtung zu stürzen, gibt es nur einen Weg: Revolution und damit Vernichtung des Kapitalismus und Unschädlichmachung aller derjenigen, die dieses System stützen. Das ist die Aufgabe, die sich die Kommunistische Partei gestellt hat, und es wird der Tag kommen, an dem die Arbeitermassen, an dem die Erwerbslosen unter Führung der Kommunistischen Partei dieses Parlament der Unternehmer und Faschisten auseinanderjagen. Dann werden an seiner Stelle die deutschen Sowjets zusammentreten und die Diktatur des Proletariats aufrichten, um damit an die Stelle dieser verfaulten bürgerlichen Gesellschaft und dieser Hungerrepublik ein freies, sozialistisches Sowjetdeutschland zu setzen.<sup>1</sup>

*„Verhandlungen des Reichstags,  
V. Wahlperiode 1930“, Bd. 444.*

<sup>1</sup>Die von Wilhelm Pieck in der Rede angeführten Anträge der kommunistischen Fraktion vom 16. Oktober wurden zum größten Teil an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Die Anträge auf Amnestie für politische Gefangene und auf Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes wurden abgelehnt. *Die Red.*

## Berliner Wohnungsnot — im Kapitalismus ein unlösbares Problem

*Rede in der Berliner Stadtverordnetenversammlung<sup>1</sup>  
22. Oktober 1931*

Auf keinem sozialen Gebiete tritt der Bankrott des kapitalistischen Staates so in Erscheinung wie gerade auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge. Wenn man von der Massenerwerbslosigkeit absieht, die den Bankrott dieses Systems noch deutlicher offenbart, so ist es die Wohnungsnot, die das Elend der werktätigen Massen im schlimmsten Maße vermehrt. Durch solche Palliativ-mittelchen, wie sie die Vorlage enthält, kann nicht irgendwie etwas Entscheidendes auch nur zur Linderung der Wohnungsnot getan werden. Wenn ernsthaft an diese Aufgabe herangegangen werden sollte, so würde sich noch mehr als bisher zeigen, daß dieser kapitalistische Staat dazu unfähig ist und daß es nur einen Weg gibt: diesen Staat so schnell wie möglich zu stürzen und die proletarische Diktatur, den Arbeiterstaat, aufzurichten, bei dem die Versorgung der werktätigen Massen mit Wohnungen an erster Stelle steht. Wenn etwas geeignet ist, dies zu bestätigen, so sind es die Maßnahmen, die die Sowjetunion auf dem Gebiete der kommunalen Wirtschaft ergriffen hat. Es soll nicht bestritten werden, daß, bei dem Zustrom der Massen nach den größeren Städten der Sowjetunion, auch dort noch eine sehr große Wohnungsnot vorhanden ist. Aber zum Unterschied von den kapitalistischen Staaten setzen dort der Arbeiterstaat und die Gemeinden ihre Kräfte in der stärksten Weise ein, um diese Not zu beheben und jedem Werktätigen ausreichenden Wohn-

<sup>1</sup> Die Brüning-Regierung hatte es abgelehnt, für den Berliner Wohnungsbau Bürgschaften zu übernehmen, wie sie es in ihrer Notverordnung vom 1. Dezember 1930 zugesichert hatte. Demzufolge sah sich der Magistrat unter dem Druck der Wohnungssuchenden gezwungen, bei Hypotheken Bürgschaft durch die Stadt zu bieten. Diese Vorlage stand zur Beratung. *Die Red.*

raum zur Verfügung zu stellen. In der Sowjetunion wird durch fortgesetzte Maßnahmen des Staates und der Kommunen die Wohnungsnot eingeschränkt.

Was soll nun mit dieser Vorlage geschehen? Wenn die preußische Regierung es ablehnt, zu diesen 15 Millionen Reichsmark — für die zu bürgen die Brüning-Regierung abgelehnt hat — die 10 Millionen Reichsmark aus dem Ausgleichsfonds der Hauszinssteuer zu zahlen, dann ist diese 15-Millionen-Bürgschaft der Stadt einen Dreck wert. Ohne die 10 Millionen Reichsmark ist es überhaupt nicht möglich, die Wohnungen zu bauen. Im Wohlfahrtsministerium zählt man sich vorläufig noch an den Knöpfen ab, ob der Gemeinde Berlin diese 10 Millionen Reichsmark aus dem Ausgleichsfonds gegeben werden sollen oder nicht. Es ist bei dem Bankrott der preußischen Staatskasse durchaus damit zu rechnen, daß diese 10 Millionen Reichsmark nicht gezahlt werden. Es ist auffallend, daß Herr Czeminski keine Antwort auf die Frage meines Parteifreundes gegeben hat, ob Sicherheiten dafür vorhanden sind, daß das Wohlfahrtsministerium diese 10 Millionen Reichsmark hergeben wird. Wir stellen erneut die Frage, ob das der Fall sein wird oder nicht. Will Herr Czeminski die Garantie dafür übernehmen, daß wir sie bekommen? Nein! Und deshalb heißt es unnütz die Luft erschüttern, wenn wir hier über diese Bürgschaft reden.

Dazu kommt noch eins: Was kann eine doch durchaus bankrotte Gemeinde schon für Bürgschaften leisten gegenüber dem Bauspekulantentum, das mit dieser Bürgschaft angereizt werden soll? Diese Bauspekulanten sehen den Bankrott sowohl der gemeindlichen als auch der privaten Wohnungsbautätigkeit, und sie sind nicht gewillt, etwa noch große Privatmittel in den Wohnungsbau hineinzustecken. Aber sie spekulieren auf die Mittel, die vom Staat und von der Gemeinde aus den Steuergroschen der Werktätigen herausgeschunden worden sind. So soll nur auf Kosten der Werktätigen dieser Wohnungsbau zu spekulativen Zwecken durchgeführt werden. Wir Kommunisten erklären deshalb vor den werktätigen Massen: Mit solchen Maßnahmen — wie sie in der Vorlage vorgeschlagen werden — wird keineswegs der Wohnungsnot irgendwie ernstlich zu Leibe gegangen. Die Sozialdemokratie versucht den Anschein zu erwecken, als



*Sitzung im Preußischen Landtag, 17. Oktober 1930.  
Vorn rechts an der Treppe mit Manuskript in der Hand:  
Wilhelm Pieck.*





ob mit dieser Bürgschaft den werktätigen Massen geholfen werden soll. Das ist aber nichts anderes als eine Taschenspielerlei. Die Brüning-Regierung — die die 15-Millionen-Bürgschaft verweigert hat — ist doch die von der Sozialdemokratie tolerierte Reichsregierung. Sie hat sogar beschlossen, keinen Pfennig mehr aus Reichsmitteln für die öffentliche Wohnbautätigkeit herauszugeben. Dieser Beschluß bedeutet, daß aus öffentlichen Mitteln überhaupt keine Wohnungen mehr gebaut werden sollen. Damit wird das Wohnungselend im ungeheuerlichsten Maße für die werktätigen Massen gesteigert. Wenn aber schon die Reichsregierung keine Mittel mehr zur Verfügung stellt, was tut dann die Preußenregierung — in der die Sozialdemokratie einen starken Einfluß hat —, um den Gemeinden zu helfen, damit sie in der Lage sind, Wohnungen zu bauen? Nichts tut sie. Sie verschlechtert sogar die von der Brüning-Regierung erlassenen Notverordnungen in unerhörter Weise. So hat sie auf Grund der letzten Notverordnung beschlossen, daß die Mitwirkung der städtischen Körperschaften überhaupt nur noch auf die Bürgermeister beschränkt werden soll. — Wessen Geistes Kinder die Bürgermeister der deutschen Städte sind, das erleben wir in Berlin auch mit dem neuen Oberbürgermeister, den wir uns zugelegt haben.

Noch ein anderes Beispiel für die arbeiterfeindliche Politik der Sozialdemokratie auf dem Gebiete des Wohnungsbaus. Als beim Beirat des Wohlfahrtsministeriums die Frage stand, die restlichen 15 Millionen aus dem Ausgleichfonds für den Wohnungsbau in Berlin zur Verfügung zu stellen, da war es der erste Vorsitzende des Baugewerksbundes — wohl der ehemalige —, Drügemüller, der im Beirat dagegen gestimmt hat, diese 15 Millionen der Stadt Berlin zu geben. (Lebhaftes „Hört! Hört!“ bei den Kommunisten. — Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Das gleiche hat sich im Plenum des Preußischen Landtages abgespielt, wo ebenfalls die Sozialdemokratie dagegen gestimmt hat, daß der Stadt Berlin auf diese Weise geholfen werden soll, wenigstens etwas die Wohnungsnot zu lindern. Hier zeigt sich die betrügerische Politik der Sozialdemokratie, die sie auch im Ratshause treibt. Sie geht immer mit den reaktionärsten Parteien zusammen, um gegen die werktätigen Massen eine Politik durchzusetzen, die das größte Elend dieser Massen im Gefolge hat.

Wir haben zur Sicherung, daß diese Bürgschaft nicht zu privatkapitalistischen Bauspekulationen mißbraucht werden kann, einige Bedingungen gestellt, die in unserem Antrage niedergelegt sind. Wir fordern, daß diese Hypothekenbürgschaften nur für solche Wohnungsbauvorhaben übernommen werden dürfen, die von den städtischen Gesellschaften ausgeführt werden. Wir wollen verhindern, daß die privatkapitalistische Bauspekulation noch auf diese Weise begünstigt wird. Wir fordern ferner, daß beim Bau der Wohnungen, die auf Grund dieser Bürgschaft gebaut werden, die Unternehmer verpflichtet werden, den Arbeitern nicht nur die tariflichen Löhne zu zahlen, sondern auch keinerlei weiteren Abbau der Löhne vorzunehmen. Wir fordern ferner, daß für die städtischen Wohnungsbauten städtisches Gelände unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden soll. Die Anschlüsse für Gas und Wasser für die neuen, auf Grund dieser Bürgschaft hergestellten Wohnungen müssen auf Kosten der Werke ausgeführt werden. Das sind sehr bescheidene Bedingungen, die wir stellen, um möglichst zu verhindern, daß sich das private Bauunternehmertum auf Grund dieser Bürgschaft bereichert.

Sie werden zwar diese Bedingungen ablehnen. Die Sozialdemokratie könnte durch die Unterstützung unserer Anträge dafür Sorge tragen, daß sie angenommen werden. Sie wird das aber nicht tun. Wir werden trotzdem — auch wenn Sie diese Bedingungen ablehnen — dieser Vorlage zustimmen. Wir Kommunisten sind für jede Maßnahme zur Linderung des Wohnungselends. Wir warnen aber die werktätigen Massen, sich Illusionen über die Einschränkung der Wohnungsnot hinzugeben. Schon durch die Ablehnung unserer Bedingungen wird dokumentiert, daß die Mehrheit dieser Versammlung den werktätigen Massen in ihrer Obdachlosigkeit und Wohnungsnot nicht ernstlich helfen will.<sup>1</sup>

*„Stenographische Berichte über die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin“, Jahrgang 1931.*

---

<sup>1</sup>Der Zusatzantrag der kommunistischen Fraktion wurde abgelehnt.  
*Die Red.*

# Die Naziartei – eine Partei des Volksbetruges und des Arbeitermordes

Zur Geschäftsordnung  
Preußischer Landtag<sup>1</sup>

## I

25. Mai 1932

Auf der Tagesordnung steht heute unter Punkt 4: Beratung des Urankrages der Abgeordneten Kube und Fraktion auf Einstellung von Strafverfahren gegen Abgeordnete. Wir sind der Meinung, daß dieser Antrag unbedingt heute erledigt werden muß. Wir sind aber der Auffassung, es ist zweckmäßig, diesen Antrag an den Schluß der Tagesordnung zu stellen. Die Erfahrungen, die wir bisher in den Parlamenten mit den Nationalsozialisten gemacht haben bei Anträgen, die Arbeiterfragen betreffen, haben uns gezeigt, daß sich die Nationalsozialisten bei solchen Anträgen entweder um die Stellungnahme drücken oder die Behandlung solcher Anträge unmöglich machen. Deshalb halten wir diese Umstellung der Tagesordnung für zweckmäßig.<sup>2</sup>

## II

25. Mai 1932

<sup>3</sup>Es ist nicht von ungefähr, wenn das Zentrum erklärt, für den nationalsozialistischen Landtagspräsidenten zu stimmen. Bei der

<sup>1</sup> Der neugewählte Landtag trat am 24. Mai 1932 zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die veränderte Zusammensetzung des Landtages hatte die Braun-Severing-Regierung veranlaßt, zurückzutreten. Sie führte nur noch die laufenden Geschäfte. *Die Red.*

<sup>2</sup> Die von Wilhelm Pieck beantragte Umstellung der Tagesordnung wurde infolge Widerspruchs abgelehnt. *Die Red.*

<sup>3</sup> Vor Eintritt in die Wahl des Präsidiums gab die NSDAP eine Erklärung ab, daß sie sich den bisherigen parlamentarischen Gepflogenheiten anschließe. Das genügte dem Zentrum, für einen nationalsozialistischen Präsidenten zu stimmen. *Die Red.*

politischen Bedeutung, die der Landtagspräsident nach der Verfassung hat, ist das nur der kleine Finger, den das Zentrum den Nationalsozialisten auch für die kommende Regierungsbildung gibt. Ich glaube, daß diese Stellungnahme des Zentrums von nicht minderer Bedeutung ist als die Erklärung, die die Nationalsozialisten hier abgegeben haben. Wir sind nicht der Meinung, daß sich die Nationalsozialisten mit dieser Erklärung gewandelt haben. Wir sind der Meinung, daß die Nationalsozialisten mit dieser Erklärung dieselbe Skrupellosigkeit an den Tag legen, die sie bei den Versprechungen gegenüber den werktätigen Massen gezeigt haben. (Lachen bei der NSDAP.) Wer einem Hausbesitzer höhere Mieten und den Mietern die Verringerung der Mieten verspricht, den kann man nicht mehr ernst nehmen. Das ist die reinste Demagogie, bei der es nur auf Stimmenfang ankommt. Wer dem imperialistischen England erklärt, mit ihm nach der Machtübernahme in Deutschland auf Kosten der werktätigen Massen Geschäfte zu machen und dabei den Massen verspricht, gegen die Youngsklaverei zu sein, ist nicht ernst zu nehmen, ist ein ganz gemeiner Betrüger. („Sehr wahr!“ und Händeklatschen bei den Kommunisten.) Wer diese Politik hier in den Landtag trägt, wie es die Nationalsozialisten jetzt machen, wird sich gefallen lassen müssen, daß sich der Wille des Volkes, auf den die Nazis heute pochen, ändern und eine solche Partei des Massenbetrugs zum Teufel jagen wird. Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß Herr Goebbels in seinem Berliner Abendblatt fortgesetzt erklärt, dieses System sei zu zerschmettern und zu vernichten, während Sie hier hintreten und erklären: Wir erkennen dies System an; wir wollen die parlamentarischen Gepflogenheiten achten. Herr Goebbels: Wer lügt? Sie im „Angriff“ oder Herr Kube im Landtag? Wir werden nicht zulassen, daß die großen Massen des werktätigen Volkes, die Ihnen in ihrer Verzweiflung die Stimmen gegeben haben, Ihnen noch weiter folgen werden.

(Glocke des Präsidenten.)

*Alterspräsident Litzmann*, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, Sie haben ein Mitglied dieses Hauses Lügner genannt.“ (Lebhafter Widerspruch bei den Kommunisten.)

Wenn der Präsident jemanden zur Ordnung rufen will, muß er seinen Parteifreund Goebbels zur Ordnung rufen. — Wir Kommunisten verweisen ferner darauf, daß einige sozialdemokratische Führer keinen ernststen Kampf gegen die Nationalsozialisten führen; denn dazu sind sie mit ihnen zu sehr verbrüdet im Kampf gegen den Bolschewismus, gegen die Sowjetunion. Wir stellen fest, daß diese Sozialdemokraten in allen für die werktätigen Massen entscheidenden Fragen gemeinsam mit den Nationalsozialisten gegen diese auftreten. Das ist der Grund, warum zwischen den Führern der Sozialdemokratie und den Kommunisten keine Einheitsfront zustande kommt.

(Glocke des Präsidenten.)

*Alterspräsident Litzmann*, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter, die Redezeit ist abgelaufen.“

Das ist der Grund, warum wir die sozialdemokratischen Arbeiter ebenso wie die Arbeiter, die heute den Nationalsozialisten nachlaufen, auffordern, mit uns eine Einheitsfront zu bilden: die Einheitsfront des revolutionären Kampfes zum Sturze dieses Systems.

### III

25. Mai 1932

<sup>1</sup>Wenn die Nationalsozialisten hier ziemliche Aufregung markieren und sich über die Faschisierung der deutschen Rechtspflege beschweren (Lachen bei der NSDAP.), so muß ich sagen, sie sollen nicht mit Steinen werfen, wenn sie im Glashause sitzen; denn mehr als 50 Prozent der Leute, die auf den Richterstühlen sitzen, sind absolut ihrer Gesinnung. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten. — Zurufe und Lachen bei der NSDAP.) Wenn Sie die Urteile vergleichen, die deutsche Richter gegen Kommu-

<sup>1</sup>Nach der Wahl eines Nationalsozialisten zum Präsidenten des Landtages forderte die Fraktion der NSDAP provokatorisch, ihren Antrag auf Überprüfung des preußischen Rechtssystems sofort auf die Tagesordnung zu setzen. *Die Red.*

nisten und gegen Faschisten gefällt haben, dann werden Sie spüren, auf welcher Seite die Richter stehen. Wenn Kommunisten wegen Mordes vor Gericht stehen würden, kämen sie nicht mit sieben Jahren Zuchthaus davon; aber wir haben Fälle, wo Kommunisten wegen ihrer politischen Tätigkeit in der Reichswehr vom Reichsgericht zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten. — Zurufe bei der NSDAP.) Dieser werthe Zeitgenosse ruft mir hier zu: Zehn Jahre sind noch nicht genug. (Große Unruhe bei den Kommunisten.)

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Baumhoff, den Redner unterbrechend: „Ich bitte Sie, zur Geschäftsordnung zu sprechen.“

Erst mit dem Auftreten Ihrer Partei im politischen Leben ist der Massenmord gegen revolutionäre Arbeiter eingeführt worden. (Zurufe bei der NSDAP.) In Ihren Reihen sitzt eine ungeheure Zahl von Mördern. (Große Unruhe und stürmische Pfuirufe bei der NSDAP. — Bravorufe und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

(Glocke des Präsidenten.)<sup>1</sup>

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 4. Wahlperiode, 1. Tagung 1928“, 1. Bd.

---

<sup>1</sup>Die Mitglieder der NSDAP greifen Wilhelm Pieck auf der Rednertribüne an und versuchen, ihn niederzuschlagen. Die kommunistischen Abgeordneten scharen sich zu seinem Schutz um Wilhelm Pieck. Durch diese von den Nazis organisierte Schlägerei wurde die Landtagssitzung gesprengt. *Die Red.*

## Freiheit und Brot – darum Kampf gegen Faschismus und Krieg!

*Aus der Rede im Preußischen Landtag<sup>1</sup>*

*2. Juni 1932*

Die Kommunistische Partei ruft die werktätigen Massen zur Antifaschistischen Aktion auf, weil sie von einer ungeheuren Gefahr bedroht sind. Die Bildung der neuen Reichsregierung, die in der Hauptsache aus junkerlichen Freiherren, kaiserlichen Generälen und Großindustriellen besteht, vor allen Dingen das Programm, das sich diese Regierung gesteckt hat — ist ein unerhörter Angriff auf die wichtigsten Lebensinteressen der werktätigen Massen. Es ist die Regierung des verschärften Hungerkurses gegen die Werktätigen, der unmittelbaren Vorbereitung und Durchführung eines Krieges gegen die Sowjetunion. Diese Regierung ist die frechste Provokation gegen die Arbeiterklasse, eine Herausforderung, die sie in ihrer Gesamtheit mit dem schärfsten Kampf beantworten muß. Die Arbeiterklasse muß diese Regierung hinwegfegen, wie sie die Kapp-Regierung 1920, wie sie die Cuno-Regierung 1923 hinweggefegt hat. („Sehr gut!“ bei den Kommunisten.) Mit aller Brutalität steht vor der Arbeiterschaft die Entscheidung: Will sie sich von dieser Regierung, von den Kräften, die hinter ihr stehen, in noch tieferes Elend, in den Krieg hineintreiben, sich von der faschistischen Diktatur niederschlagen lassen, oder will sie in einheitlicher Erhebung diese Regierung und die Kräfte, die hinter ihr stehen, dieses System, auf dem diese Kräfte fußen, hinwegfegen? Das ist nicht möglich durch eine neue Reichstagswahl, die jetzt oder später erfolgen soll — es ist überhaupt noch fraglich, ob es zu der Wahl kommt —, sondern nur durch den aktiven Massenkampf, durch den politischen Massenstreik der gesamten Arbei-

<sup>1</sup> Auf der Tagesordnung der Sitzung stand die Aussprache über die Politik der bisherigen Braun-Severing-Regierung. Das Haus beschloß auf Antrag der kommunistischen Fraktion, das geschäftsführende Staatsministerium herbeizurufen. Die Sitzung wurde zweimal vertagt, da das Ministerium nicht erschien. *Die Red.*



terklasse. Wir Kommunisten rufen der Arbeiterklasse zu: Ihr habt die Macht in Händen, wenn ihr nur einig seid im revolutionären Massenkampf gegen die Bourgeoisie. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.) Das ist der Zweck und der Sinn der Antifaschistischen Aktion, zu der die Kommunistische Partei die Massen aufruft.

Der sozialdemokratische Parteivorstand überschreibt einen Aufruf, den er heute im „Vorwärts“ veröffentlicht: „Zum Kampfe bereit!“ Aber in dem ganzen Aufruf ist nicht ein einziger Vorschlag, wie die Massen den Kampf aufnehmen sollen. Es heißt in dem Aufruf:

Es kommt nun darauf an, daß der kurze Zeitraum, der uns voraussichtlich bis zu den Reichstagswahlen bleiben wird, ausgenutzt wird, um auch die von den Kommunisten und den Nazis irreführten Teile der Arbeiterschaft in die Front der Sozialdemokratie gegen die Reaktion zurückzuführen.

Noch am Grabe pflanzt der Parteivorstand seine Hoffnung auf. Es heißt dann:

Jetzt ist der Augenblick gekommen, in dem die reaktionären Kräfte, die bisher alles Unglück auf das System, auf die Demokratie, auf die Republik, auf den Sozialismus abgewälzt haben, selbst die Verantwortung übernehmen müssen. Jetzt wird sich der Wert ihrer demagogischen Verheißungen erweisen! Jetzt sollen die neuen Herren auf der Lausanner Konferenz<sup>[49]</sup> zeigen, ob sie imstande sind, die Zerreißung des Versailler Vertrages und die Streichung aller Lasten zu ertragen! Jetzt sollen sie zeigen, wieweit ihr demagogisches Geschrei über die Notverordnungen ernst gewesen ist! Jetzt sollen sie zeigen, ob sie die Steuerverordnungen usw. der Regierung Brüning aufheben werden!

Wenn man so spricht, hat man sich bereits damit abgefunden, daß diese Kräfte die Regierung übernehmen — das ist die Theorie: Man muß sie an die Macht heranlassen, damit sie sich entlarven. Das ist aber die Politik der völligen Impotenz, das heißt der Preisgabe jeden Widerstandes, die diese Kräfte ans Ruder kommen läßt. Das ist die Politik der Sozialdemokratie, der Entkräftung, der Entnervung der Arbeiterklasse, der Beraubung

ihrer Fähigkeit, ihre Klassenfeinde im revolutionären Kampf niederzuringen. („Sehr gut!“ bei den Kommunisten.) In dem, was in diesem Aufruf und in der Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion steht, ist kein Wort von Kampf. Darin ist nur die Vertröstung auf die nächste Reichstagswahl. Die Sozialdemokratie will das alte Spiel mit der Arbeiterschaft weiterreiben — die Hoffnung erhalten, durch die bürgerliche Demokratie seien die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Wohin Sie gekommen sind mit dieser Politik, hat die Rede des Abgeordneten Steuer hier deutlich bewiesen. Jetzt wagen die Deutschnationalen, vom Königtum zu reden, von der Monarchie. Nach dem Weltkriege haben sie gefürchtet, sich zu ihrem Kaiser, zu ihrem König zu bekennen. Sie sind im November 1918 in die Kellerlöcher gekrochen und öffentlich abgerückt von dem ausgerückten Hohenzollern, mit dem sie keine Gemeinschaft haben wollten. Jetzt glauben sie den Zeitpunkt gekommen, daß sie hier mit diesen alten kaiserlichen Generälen, mit den Fürsten und Königen auftreten können. Oh, meine Herren von der Deutschnationalen Volkspartei, die Arbeiterklasse hat noch nicht vergessen, wie sie als Paria behandelt worden ist unter dem preußischen Königtum, unter dem Dreiklassenwahlrecht, als man ihr kein Recht zugebilligt hat und als man nicht die Stimme des Volkes im preußischen Parlament hören wollte. Das Proletariat hat noch nicht vergessen, wie es in der Vorkriegszeit von Polizisten und Militär attackiert, beschossen worden ist, wenn es um Lohn und Brot kämpfte. Es hat nicht die Aussprüche des ehemaligen Hohenzollern vergessen, der die Arbeiterschaft verglichen hat mit Hunden, die kein Recht, die nur zu parieren haben. Glauben Sie, daß sich die Arbeiterschaft ein solches Regime noch einmal gefallen läßt? Geben Sie diese Hoffnung auf. Wollen Sie den Bürgerkrieg haben? Die Arbeiterschaft ist einmütig bereit, ihr Leben gegen diese Angriffe zu verteidigen. (Bravorufe bei den Kommunisten.) Es gibt heute in Deutschland eine Partei, die den revolutionären Grundsatz der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, des revolutionären Klassenkampfes, nicht nur auf ihrer Fahne stehen hat, sondern die auch die Kräfte hat, das deutsche Proletariat zur siegreichen Revolution zu führen. (Beifall bei den Kommunisten.) Die Sozialdemokratie

versucht, diese Kräfte, die im Proletariat vorhanden sind, zurückzuhalten durch Vertröstung auf den Weg der bürgerlichen Demokratie. Aber inzwischen handeln die offenen Feinde der Arbeiterklasse, gehen zum offenen Angriff gegen die Arbeiterschaft über. Sollten die Reichstagswahlen überhaupt noch kommen, so werden sie unter dem schwersten Terror gegen die Kommunisten und vielleicht auch gegen die sozialdemokratischen Arbeiter durchgeführt werden. Die Attentatswahlen 1878<sup>[50]</sup>, die Hottentottenwahlen von 1907<sup>[51]</sup> werden nur ein schwaches Abbild des Terrors sein, mit dem jetzt diese vor der Machtübernahme stehenden Kreise die Reichstagswahlen durchführen werden. Die Nationalsozialisten hoffen, daß es ihnen und den Deutschnationalen mit der von ihnen betriebenen Massentäuschung gelingen wird, die Stimmenmehrheit zu erlangen, um auf dem Wege der angeblichen Legalität die Macht zu übernehmen.

Der „Vorwärts“ schreibt, daß die Möglichkeit bezweifelt werden müsse, die Rechtsparteien könnten die Stimmenmehrheit erlangen. Im Reiche seien die Aussichten dazu ungünstiger als in Preußen, weil Süddeutschland mitwähle. Das ist die Hoffnung der Sozialdemokraten: weil Süddeutschland mitwählt, wird vielleicht die Aussicht, daß die Rechtsparteien nicht die Mehrheit erlangen, günstiger sein, als das in Preußen der Fall ist. Dann schreibt der „Vorwärts“ weiter:

Zähneknirschend sollen die Feinde am Tage der Entscheidung erkennen, daß sie die Kraft der sozialistischen Arbeiterbewegung unterschätzt haben.

Ja, wenn die Arbeiterschaft nichts weiter täte, als was die sozialdemokratischen Führer ihr raten, dann wird der „Vorwärts“ bald schreiben können: Zähneknirschend müssen die Arbeiter erkennen, daß sie sich von der sozialdemokratischen Führerschaft haben verleiten lassen, sich nur auf den Stimmzettel zu verlassen, und daß sie von dem nationalen Massenbetrug ihrer Feinde geschlagen worden sind. Ich denke, Oldenburg spricht schon eine ziemlich deutliche Sprache.

Einige Worte nur zur Erklärung der großen Wahlstimmenzahl, die die Nazis in der letzten Zeit erlangt haben!

Die werktätigen Massen sind in einer verzweifelten Stimmung.

Hunger und Not wachsen von Tag zu Tag. Die Massenerwerbslosigkeit nimmt nicht ab, sondern zu. Die Bankrotte der kleinen Geschäftsleute, die Not der armen Bauern wächst von Tag zu Tag. Niemand ist mehr sicher, ob er morgen noch eine Existenz haben wird. Und dabei keine Erleichterung, keine Besserung für die werktätigen Massen, trotz aller Versprechungen, die ihnen von den bürgerlichen Parteien und von der Sozialdemokratie gemacht werden! Im Gegenteil, alle Maßnahmen der Regierung, alle Notverordnungen sind nur Verordnungen von Not, sie bringen keine Erleichterung der Belastung. Die wirtschaftliche Lage wird durch diese Maßnahmen fortgesetzt noch verschlechtert. Dasselbe trifft auf die Beschlüsse der Parlamente und auf alles zu, was angeblich von den Parteien unternommen wird. Alles dient nur dem einen Zwecke, die Bourgeoisie, das Unternehmertum, den Großgrundbesitz zu schützen, aber die Arbeiterklasse in immer tieferes Elend hineinzubringen. Abbau der Löhne und Abbau der Unterstützungen, das ist alles die Folge dieser Entwicklung, die die werktätigen Massen in den letzten Jahren erlebten.

Dazu kommen die unerhörten Tributlasten, die wiederum ausschließlich auf die werktätigen Massen abgewälzt worden sind. Zu dieser Abwälzung haben alle bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie beigetragen. Sie haben unter der Angabe, den wirtschaftlichen Aufbau zu ermöglichen, diese Tributlasten auf die werktätigen Massen abgewälzt. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

So wächst in den Massen der Haß, die Feindschaft gegen das herrschende System, gegen den Kapitalismus, gegen die Versailler Bestimmungen. Die Massen haben einmal ihre Hoffnung darauf gesetzt, daß ihnen die Sozialdemokratische Partei helfen würde. Die elf Millionen Stimmen bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung waren der Ausdruck dieser Hoffnung der werktätigen Massen auf die Sozialdemokratie. Aber die Sozialdemokratie hat dieses Vertrauen der werktätigen Massen nicht dazu benützt, den Kampf für die Lebensinteressen der werktätigen Massen zu führen; höher stand der Sozialdemokratie die Erhaltung und der Ausbau der kapitalistischen Wirtschaft. Die Erfüllungspolitik, die von Ihnen (Zu den Sozialdemokraten.) auf Kosten der werktätigen Massen getrieben wurde, wurde von

Ihnen vor den Massen als eine Notwendigkeit begründet: Kein Kampf — im Interesse der „friedlichen Zusammenarbeit“ mit den „Feindmächten“ —, das war für Sie der Grund, für die Erfüllungspolitik einzutreten. Statt — wie es die Kommunisten verlangten — den Kampf gegen Versailles, gegen die Tributlasten aufzunehmen und dabei in Solidarität mit der französischen, englischen, amerikanischen Arbeiterschaft, im internationalen Kampf diese „Feindmächte“ des Proletariats niederzuringen, sind Sie nicht nur diesem Kampf ausgewichen, sondern Sie haben das Proletariat gehindert, diesen Kampf zu führen. Das Ergebnis dieser Politik, meine Herren Sozialdemokraten, liegt jetzt vor Ihnen, ein Ergebnis, vor dem die Minister ausrücken. Sie wagen nicht mehr hier zu erscheinen, um ihre Politik zu verteidigen. Die Braun-Severing-Regierung trägt ein gerüttelt Maß Schuld an dem Verbrechen, das die Bourgeoisie an der deutschen Arbeiterklasse verübt hat. Sie sind die Stützen, sie haben sich selbst etwas darauf zugute getan, daß es ihrer Arbeit zu verdanken sei, daß der Kapitalismus in Deutschland noch lebt. Jawohl, der Kapitalismus lebt; aber die Arbeiter greifen zum Strick, um sich aufzuhängen, sie stürzen sich ins Wasser aus Verzweiflung über das Ergebnis einer solchen „Volkspolitik“ der Sozialdemokratie.

So ist der Haß gegen dieses kapitalistische System, aber so sind auch Verzweiflung und der Fatalismus in den Massen gewachsen. Die Massen haben immer noch nicht begriffen, daß sie sich nur durch eigenen Kampf aus diesem Elend befreien können.

Das Wort von Marx — das die Sozialdemokratie ehemals den Massen immer entgegenrief —, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann, hat die Sozialdemokratie so umgefälscht, daß man im Bunde mit den Feinden der Arbeiterklasse die Arbeiterklasse befreien will — im Bunde mit dem Zentrum, mit der Deutschen Volkspartei, mit denen auch die Sozialdemokratie zusammen regiert hat. Sie glaubten den Arbeitern einreden zu können, daß Sie diese Gemeinschaft im Interesse der Arbeiter durchführen. Was dabei herausgekommen ist, das fühlen jetzt die Arbeiter ohne Unterschied der Partei. Ob Kommunisten, Sozialdemokraten oder Anhänger bürgerlicher Parteien, sie fühlen am eigenen Leibe, wohin sie mit dieser „Rettung“ des deutschen Volkes gekommen sind.

Die Massen glauben und hoffen noch immer, daß von anderer Seite Hilfe kommen wird. Diese Stimmung der Massen, die noch nicht zum Kampf entschlossen sind, verstehen die Nazis sehr geschickt auszunutzen. Sie versprechen, ihnen zu helfen, wenn sie die Macht haben. Sehr klug! Vorläufig haben sie nicht die Macht. In einigen Teilen des Landes haben sie schon die Mehrheit gehabt und haben sie teilweise jetzt erlangt. Sie hatten schon Gelegenheit, als entscheidende Mehrheit Arbeiterpolitik zu treiben. Aber immer sagen sie den Arbeitern: Ja, wir müssen erst die Macht im Reiche haben. Sie gehen noch weiter und sagen: Wir müssen erst befreit sein vom Druck der „Feindmächte“. Sie stecken die Etappe, von der aus sie den Arbeitern helfen wollen, immer weiter. Sie lenken vor allem die Aufmerksamkeit der Massen mehr auf die Außenpolitik, um sich im Innern des Landes für die Mehrheit, die sie parlamentarisch zu erobern glauben, eine gewisse Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Sie stärken die unter dem Druck der „Feindmächte“ entstandenen nationalistisch-chauvinistischen Stimmungen. Das sind Stimmungen, wie sie unter dem Druck des Versailler Systems und der Younglasten naturgemäß entstehen müssen bei den Massen, die noch nicht erkennen, wo die wahren Ursachen ihres Elends liegen. Diese nationalistisch-chauvinistischen Stimmungen verstehen die Nationalsozialisten in eine Richtung zu lenken, die wiederum nicht der Arbeiterschaft dient, sondern der Bourgeoisie dienen soll, ihre Kriegspläne durchzuführen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Denn ohne nationalistisch-chauvinistische Stimmungen ist kein Krieg möglich. Man will einen „Freiheitskrieg“ führen, der aber nicht die Freiheit des Volkes herbeiführen soll, sondern die Freiheit des deutschen Imperialismus, um wieder bei den imperialistischen Auseinandersetzungen ein gewaltiges Wort mitreden zu können. Was bei diesem Imperialismus für die Arbeiterklasse der Vorkriegszeit herausgekommen ist, hat sie in den vier Jahren des Krieges am eigenen Leibe in der bittersten Weise empfinden müssen.

Die Nationalsozialisten treiben ein gefährliches Spiel, wenn sie diese nationalistisch-chauvinistischen Stimmungen zu dem Zwecke stärken, die Kriegspsychose in Deutschland zu erwecken und sie zum Kriege gegen den einzigen Arbeiterstaat der Welt, gegen

die Sowjetunion, auszunutzen. Sie haben jetzt Millionen von Anhängern. Aber täuschen Sie sich nicht: Diese Anhänger sind zu Ihnen gekommen, weil sie glauben, daß Sie ihnen helfen wollen. Und diese Massen werden ihre Forderungen von Tag zu Tag stürmischer erheben, werden von Ihnen verlangen, daß ihnen aus der Not geholfen wird. Sie werden aber diese Hilfe nicht bringen können, Sie werden im Gegenteil ihr Elend vermehren. Und dann wird sich zeigen, daß dem werktätigen Volke zum Bewußtsein kommt, wie es getäuscht wurde, als es seine Hoffnung auf Sie setzte. Dann wird Deutschland erwachen! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.) Dann wird Deutschland erwachen, aber nicht in dem Sinne, wie Sie es zu Ihrem Kampfruf gemacht haben; dann wird das deutsche werktätige Volk erwachen aus der Nacht, in die die Nazis es versenken wollen; dann wird sich der Freiheitskampf des deutschen Volkes unter den Losungen vollziehen, die die Kommunistische Internationale dem Proletariat der ganzen Welt gegeben hat: Sturz der Klassenherrschaft der Bourgeoisie und Aufrichtung der proletarischen Macht. Ich glaube, die Nationalsozialisten sind sich selbst dessen bewußt, daß die Millionen, die ihnen jetzt ihre Stimmen geben, nicht Anhänger ihres Programms und ihrer Pläne sind, sondern daß der Zeitpunkt kommen wird, wo diese Massen nicht mehr ihren Versprechungen folgen werden, so große Mühe sie sich auch um die Erhaltung des Vertrauens dieser Gefolgschaft geben werden. (Zuruf bei der NSDAP.) — Wir machen uns große Kopfschmerzen darüber, weil davon die Freiheit des deutschen Arbeitervolkes abhängt.

Diese Erkenntnis wird deshalb um so schneller kommen, weil Sie einen elementaren Grundsatz völlig ablehnen, der die einzige Möglichkeit gibt, den werktätigen Massen eine Erleichterung in ihrer Not zu bringen. Es ist doch Betrug, zu behaupten, daß das Elend der werktätigen Massen nur durch den Druck der Versailler Verträge verschuldet sei. Haben wir nicht dasselbe Elend auch in den Staaten der „Feindmächte“? Ist denn Krise, sind Arbeitslosigkeit, Hunger und Not in Amerika, in Frankreich und in England nicht fast ebenso groß wie bei uns? Also muß doch die Ursache dieses Elends noch woanders liegen als nur in der Last der Tributverpflichtungen. Wenn Sie daher erklären, daß Sie

nicht bereit sind, den Kapitalismus irgendwie anzugreifen, wie Strasser am 5. Dezember 1931 in Stuttgart ausführte:

Wir werden die stärksten Schützer des Privateigentums sein und möglichst wenig in die Privatwirtschaft hineinfuschen, sondern die Unternehmer frei walten lassen

— dann werden Sie den werktätigen Massen auch nicht das Geringste in ihrer Not helfen. Denn wie können Sie ihnen Arbeit verschaffen, ohne daß der Kapitalismus bereit ist, dafür Kapital zur Verfügung zu stellen? Der Kapitalismus tut das nur dann, wenn dabei ein Profit herauspringt. Wäre dem nicht so, dann hätten wir in Deutschland genug Arbeit. Mehr als 15 Milliarden Mark — andere sagen 25 Milliarden — hat der deutsche Kapitalismus über die Grenzen des Landes gebracht und damit die Wirtschaftsbasis in Deutschland einfach vernichtet. Wenn Sie dem Kapitalismus nicht zu Leibe wollen — wie wollen Sie denn in Deutschland für die werktätigen Massen Arbeit schaffen? Hier liegt doch der entscheidende Grund, weshalb wir Kommunisten für den Sturz des Kapitalismus kämpfen. Nur dadurch wird das Privateigentum an den Produktionsmitteln und am Grund und Boden aufgehoben und in die Gemeinschaft des Volkes übergeführt. Das allein schafft die Möglichkeit, unabhängig von den Profitinteressen eines einzelnen Kapitalisten, eines einzelnen Konzerns, eines Monopols zu bestimmen, was und wie produziert werden soll. Heute haben wir die Tatsache, daß es von dem Willen einzelner Kapitalisten und Konzerne abhängt, ob Arbeiter beschäftigt oder entlassen werden sollen. Wie können Sie dieses Elend aus der Welt schaffen, wenn Sie nicht dem Kapitalismus zu Leibe wollen! Deswegen sagen wir, daß Ihre Propaganda die Massen enttäuschen muß; ob Sie die politische Macht erobern, ob Sie Ihre Diktatur aufrichten — an diesem Punkt muß Ihre Herrschaft scheitern. Sie können zwar mit brutaler Gewalt die Massen hindern, etwa zu streiken. Sie können jeden, der dazu aufruft, ins Gefängnis werfen. Sie können ihn erschießen, wie es das Boxheimer Dokument<sup>[52]</sup> zum Programmsatz erhebt. Aber glauben Sie, daß davon die Massen satt werden? Glauben Sie, daß sich die Massen damit zufriedengeben werden? Schauen Sie nach Italien! Ich will gar keine absoluten Vergleiche zwischen dem



Programm Ihrer Partei und dem Mussolinis ziehen. Aber dort ist die Diktatur aufgerichtet, dort muß Mussolini Konzessionen an die durch die Not hervorgerufenen Stimmungen der Massen machen. Über diese sehr wichtige Frage müssen sich doch die Massen Gedanken machen. Sie sagen, Sie wollen den werktätigen Massen in ihrer Not helfen. Wer den Werktätigen helfen will, muß den Kampf gegen die herrschende Gewalt führen. Die Bourgeoisie hat zwar Mittel genug, aber sie trägt wenig dazu bei, daß die Not der werktätigen Massen gelindert wird. Wohlfahrtssuppen usw. gibt man — ernste Hilfe will man nicht geben. Will man den Massen helfen, muß man den offenen Kampf gegen die Kreise der Hochfinanz, des Großunternehmertums und des Großgrundbesitzes aufnehmen. Wenn Sie den Kampf gegen diese Kreise wirklich führen wollen, müßte Ihr Programm anders sein; dann hätten Sie nicht in Ihren Reihen Prinzen, Freiherrn und Barone. Dann wären Ihre Freunde nicht die Großindustriellen, nicht Herr Schacht und andere. Die Tatsache, daß diese Kreise Ihnen die Millionen geben, damit Sie Ihre Propaganda treiben und Ihre Sturmabteilungen bezahlen können . . . (Lachen bei der NSDAP. — „Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Ja, Sie zahlen den einzelnen Mitgliedern wenig, sehr wenig; das weiß ich; darum auch die große Unzufriedenheit darüber in den Sturmabteilungen. Die Tatsache, daß die Hochfinanz und das Großunternehmertum diese Gelder hergeben, stellt die Arbeiter doch vor die Frage: Warum tun denn diese Kreise das? Sie halten sie doch nicht für so blöde, daß sie ihre eigenen Totengräber bezahlen werden. Also ergibt sich daraus die ganz naive Schlußfolgerung des arbeitenden Volkes: Diese Partei muß doch im Interesse jener Geldkreise wirken, wenn sie von ihnen mit Geld unterstützt wird. (Zuruf bei der NSDAP: „Das ist sehr naiv!“) Ich sage ja: Der naive Mensch sagt sich ganz einfach, daß der Kapitalist doch nicht seine Feinde bezahlt. Wir wissen, daß mehr dahinter steckt — darauf komme ich sogleich. Nicht nur wegen der Bezahlung durch diese Kreise sind Sie Nationalsozialisten.

Und wie steht es mit dem Wege, den Sie glauben gehen zu können? Sie wollen die deutsche Arbeiterklasse in ein allgemeines Reichszuchthaus, genannt Arbeitsdienstpflicht, einsperren — wo sie wie Rekruten behandelt, wo sie kaserniert und mit ein





paar Pfennigen täglich bezahlt, wo sie jedes eigenen Willens beraubt werden soll. Dort soll jeder Streik — wie man offen sagt — als ein Verbrechen angesehen und mit dem Tode bestraft werden! Ein solches Zuchthaus wollen sie für die Arbeiter einrichten, um damit einerseits den Kapitalismus aus dem Druck der Massenerwerbslosigkeit ein wenig zu befreien und ihm andererseits billige Arbeitskräfte zu beschaffen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Glauben Sie aber, daß — wenn Sie heute die Erwerbslosen für ein paar Bettelpfennige durch die Arbeitsdienstpflicht beschäftigen, selbst wenn Sie sie in Kasernen einquartieren — wie Sie es mit den Familienangehörigen machen wollen, ist nicht ganz ersichtlich — damit den werktätigen Massen auch nur im geringsten in ihrer Not geholfen wird? Nein!

Die Bourgeoisie hat allerdings einen Weg, die Massenerwerbslosigkeit zu liquidieren, und den wollen auch die Nationalsozialisten gehen. Das ist der Krieg. Die Einziehung der werktätigen Massen zum Kriegsdienst, die Massenabschlachtung, das soll die Liquidation der Massenerwerbslosigkeit sein. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Einige Herolde der kapitalistischen Wirtschaft haben ja verkündet: 20 Millionen Menschen sind zuviel in Deutschland, man muß sie entweder nach dem Auslande schicken oder sonst etwas mit ihnen tun. Dieses „sonst etwas“ ist der Krieg. Die Bourgeoisie glaubt, sich aus dem Druck der Massenerwerbslosigkeit durch einen Krieg befreien zu können, und Sie sind es, die systematisch diese Auffassung kolportieren, daß doch auch der Krieg Arbeit bringe, daß er die nationale Befreiung bringen werde und was der Agitation mehr ist. Nun, die deutschen Massen haben aus dem Ausgang des letzten Krieges erkannt, was ein Weltkrieg für die Massen bringt: ungeheures Krüppeltum, geistige Degeneration und dazu unerhörtes Massenelend. Mit solchen Mitteln geben Sie vor, die Massen aus ihrem Elend erlösen zu können! Ich glaube, die Massen werden bald zu der Erkenntnis kommen, daß das der ungeeignetste Weg ist.

Sie sagen, Sie wollten Deutschland vom Druck der „Feindmächte“ befreien. In den Äußerungen Ihrer Führer steht aber doch ziemlich deutlich, daß auch Sie bereit sind, um der Erlangung und Erhaltung ihrer Macht in Deutschland willen den

„Feindmächten“ Konzessionen zu machen. Es ist nicht dementiert worden, daß Herr Hitler dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker erklärt hat:

Ich werde keineswegs nun sofort alle Notverordnungen der Regierung Brüning rückgängig machen. Ich werde ebensowenig sofort verkünden, daß nunmehr der Vertrag von Versailles zerrissen werde. Die Notverordnungen sowohl wie der Versailler Vertrag haben Tatsachen geschaffen, die man nicht einfach dadurch abändern kann, daß man die Notverordnungen aufhebt und den Vertrag zerreißt. Diese Notverordnungen werden dann rückgängig gemacht werden, wenn wir etwas geschaffen haben, was an ihre Stelle treten kann, und der Versailler Vertrag wird dann erledigt sein, wenn auf einer neuen Konferenz an seiner Stelle ein anderer Vertrag abgeschlossen wird.

Also doch ein Vertrag mit den „Feindmächten“!

Aber noch mehr! Bisher sind die Mitteilungen nicht dementiert worden, daß zwischen Herrn Hitler und Herrn Rosenberg bei einer vertraulichen Führerbesprechung im Kaiserhof in Berlin — zu der auch Vertreter der britischen Diplomatie geladen waren — folgende Pläne erörtert worden sind: Es soll ein Freundschaftsverhältnis zwischen den in Deutschland zur Macht gekommenen Nationalsozialisten und England angestrebt werden, das von einem Schutz- und Trutzbündnis gekrönt werden soll.

Nach Übernahme der Regierung durch die Nationalsozialisten soll in London folgendes Angebot gemacht werden: Deutschland verzichtet auf jeden unmittelbaren Überseehandel; es verpflichtet sich, keine Waren mehr herzustellen, die mit britischen Erzeugnissen konkurrieren können. Alle deutschen Waren nach Übersee sollen durch englische Vermittlung und über englische Reedereien gehen. Dafür verpflichtet sich Großbritannien, erstens Deutschland gegen Frankreich politisch und durch die Tat zu unterstützen und zweitens mit Deutschland gemeinsam die Führung eines antibolschewistischen Bündnissystems zu übernehmen, das die Ausrottung des „Bolschewismus in Rußland“ zum Ziele hat. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Ist dieses Ziel erreicht, dann soll der rus-

sische Raum wirtschaftlich und handelspolitisch von Großbritannien und Deutschland gemeinsam bearbeitet werden.

Wir haben Mitteilungen darüber erhalten, daß solche Pläne vorhanden sind, nicht nur durch diese Publikation, sondern wir haben auch eine Mitteilung über eine Besprechung in Bremen. Dort ist folgendes ausgeführt worden:

Nach wie vor kommt als einziger Bündnisfaktor für uns nur England in Frage. Wir werden Verhandlungen mit England bis zum Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses vorwärtstreiben. Sofort nach der Übernahme der Regierung werden wir England folgendes vertrauliche Angebot machen: Der Überseehandel wird von Deutschland vollständig eingestellt; ferner wird sich Deutschland bereit erklären, alle Waren, die der englischen Industrie Konkurrenz machen können, nicht mehr zu produzieren.

Das ist im wesentlichen die Wiederholung dessen, was hier in einem Berliner Organ der Nationalsozialistischen Partei geschrieben worden ist. Dann heißt es weiter:

Für dieses Angebot werden wir von England verlangen, daß es uns politisch und durch aktive Hilfe gegen Frankreich unterstützt und gemeinsam mit Deutschland die Bildung eines großen antirussischen Blockes übernimmt, der den Interventionskrieg gegen Rußland zu betreiben hat, um dort an Stelle des Sowjet-systems die westeuropäische Zivilisation zu setzen. Ist Rußland niedergerungen, so werden sich Deutschland und England in die gemeinsame wirtschaftliche und politische Ausnutzung des russischen Raumes teilen. (Zuruf bei den Kommunisten: „Ein schöner Traum!“)

Ich denke, daß dieses Programm der Nationalsozialistischen Partei ziemlich deutlich ist und allein dazu ausreicht, um den Massen, die ihnen heute folgen, die Augen darüber zu öffnen, was am Ende der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten steht.

Im „Montag Morgen“ ist auch wiedergegeben worden, was in der Zeitung der Strasser-Gruppe, „Die Schwarze Front“, über ähnliche Pläne gestanden hat. Was hier gesagt wird, das ist

eigentlich das Programm des holländischen Petroleummagnaten Deterding, der zu Ihnen in sehr engen finanziellen Beziehungen steht. Wir verstehen es durchaus, daß Deterding Sie finanziell unterstützt, wenn er dadurch die Aussicht hat, über Ihre Partei sein Programm der Niederringung der Sowjetunion durchzusetzen und so das Petroleummonopol wieder in seine Hände zu bringen.

Ich glaube, daß die Nationalsozialisten hier den Weg gehen, der das deutsche Volk, der die werktätigen Massen, zwangsläufig zum Kampfe gegen ihre Partei, gegen ihre Bestrebungen bringen wird.

Ich will Ihnen aus Zeitmangel hier nicht Ihre Politik vorhalten, die Sie dort treiben oder getrieben haben, wo Sie schon entscheidenden Einfluß haben, zum Beispiel in Thüringen, Braunschweig und Koburg. Ich will mir das ersparen. Sie haben dort Maßnahmen ergriffen, die nicht zur Minderung des Elends der Arbeitermassen beitragen konnten. Wenn Sie ausdrücklich erklären, daß Sie den Kapitalismus, daß Sie die ökonomischen Bedingungen, von denen jedes Land abhängig ist, nicht ändern, sondern den Kapitalismus erhalten wollen, dann geben Sie doch die Basis preis, von der aus Sie überhaupt jemals eine Änderung, eine Minderung des Elends herbeiführen können.

Darin liegt die Täuschung der Massen. Denn ich nehme an, daß Sie sich selbst dieser Unmöglichkeit bewußt sind: Ohne den Kapitalismus anzugreifen, ist das aus dieser Wirtschaft hervorgehende Massenelend nicht zu beseitigen. Ich schätze Sie für so klug ein, daß Sie das selbst sehen. Wenn Sie trotzdem den Massen versprechen, doch ihr Elend beseitigen zu können, ohne den Kapitalismus anzugreifen, dann liegt darin eben die bewußte Täuschung der Massen. Die Erfahrungen in Thüringen und Braunschweig haben das bestätigt. Ich bin deshalb auch der Meinung, daß Ihre Partei ihren Namen vollkommen zu Unrecht trägt. Sie sind keine Nationalsozialistische Arbeiterpartei, Sie sind eine nationalkapitalistische Partei. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Worauf wollen Sie hinaus? Die Antwort lautet: Wofür Ihnen die Kapitalisten das Geld geben, nämlich den Kapitalismus vor dem Ansturm der Massen zu schützen. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Das ist Ihre Aufgabe. Dafür werden Sie vom Kapital bezahlt. Darum haben Sie auch Ihre Sturmabteilungen